

Antragsbuch

Antragsbuch für den vierten Landesparteitag der PIRATEN
Thüringen

12.05.2012

Inhaltsverzeichnis

1	Satzungsänderungsanträge	3
	SÄA.Vorstand.1 : §6a - Der Landesvorstand	3
	SÄA.Antragsrecht.2 : Antragsfabrik/§6a (6) Antragsrecht alle	4
	SÄA.Datum.1: Update der Datumsangaben	5
	SÄA.Auflösung.1 : Verbesserungsvorschlag einer Formulierung, ohne Änderung des eigentlichen Sinns	6
	SÄA.Untergliederung.1 : §4b Absatz (1)	7
	SÄA.Rechnungsprüfer.1 : Rechnungs- und Kassenprüfer	8
	SÄA.Antragsrecht.1 : §6a (6) Antragsrecht	9
	SÄA.Wiederwahl.1 : Begrenzung der Wiederwahl für funktionsbezogene Vorstand- spositionen	10
	SÄA.Datum.2 : Update der Datumsangaben, weiterführender Antrag	11
	SÄA.Vorstand.2 : Erweiterung des Vorstandes auf sechs mögliche Beisitzer	12
	SÄA.Programmanträge.1 : Programmantraege	14
2	Programmanträge	15
	PÄA.Höllentalbahn.1 : Reaktivierung Hoellentalbahn	15
	PÄA.Wahlrecht.1 : Aktives Wahlrecht ab Geburt	15
	PÄA.EGK.1 : Ablehnung eGK	16
	PÄA.Landwirtschaft.1 : Landwirtschaft in Thüringen	18
	PÄA.Uni.1 : Uni Hochschulen 1	20
	PÄA.Uni.3 : Uni Hochschule 3	20
	PÄA.Uni.5 : Uni Hochschule 5	21
	PÄA.Kommunalpolitik.1 : Kommunalpolitik in Thüringen	21
	PÄA.Fracking.1 : Fracking in Thüringen	23
	PÄA.Uni.8 : Uni Hochschule 8	23
	PÄA.Uni.10 : Uni Hochschule 10	24
	PÄA.Präambel.1 : Praeambel-AG-Programm	24
	PÄA.StreichungPazifismus.1 : StreichungDesPazifismusabsatzes	25
	PÄA.StreichungAÜG.1 : StreichungDesArbeitnehmerüberlassungsgesetzAbsatzes .	26
	PÄA.CCS.1 : Ablehnung der CCS-Technologie	27
	PÄA.Polizisten.1 : Schutz von Polizisten	27
	PÄA.StreichungNichtLandProgramm.1 : Streichung der Nicht-Landes-Programmpunkte	28
	PÄA.PosiPapiere.2 : Positionspapiere2	28
	PÄA.Breitband.1 : Breitband	29
	PÄA.Splitting.1 : Kinderbasiertes Splitting	30
	PÄA.Wahlrecht.2 : Aktives Wahlrecht ab 14 Jahre	31
	PÄA.Integration.1 : Integration Migration	32
	PÄA.Programmstruktur.1: Programmstruktur	33

PÄA.Uni.2 : Uni Hochschule 2	35
PÄA.Uni.4 : Uni Hochschule 4	35
PÄA.Uni.6 : Uni Hochschule 6	36
PÄA.Behördenstruktur.1 : Behördenstrukturen, Abschaffung Landesverwaltungsamt	37
PÄA.Uni.7 : Uni Hochschule 7	38
PÄA.Uni.9 : Uni Hochschule 9	38
PÄA.Uni.Gesamt : Uni Hochschule gesamt	39
PÄA.Beteiligung.1 : Bürgerbeteiligung-AG-Programm	42
PÄA.StreichungBuPräsi.1 : StreichungDesBundespräsidentAbsatzes	43
PÄA.StreichungKommGeheimnis.1 : StreichungDesKommunikationsgeheimnisAbsatzes	44
PÄA.StreichungBuPräsi.1 : StreichungDesBundespräsidentAbsatzes	45
PÄA.Waffen.1 : Ergänzung Pazifismus um geächtete Waffen	46
PÄA.StreichungPazifismus.2 : Alternativ zu Streichung des Pazifismus-Absatzes aus dem Programm	46
PÄA.PosiPapiere.1 : Sammelantrag Umwelt	47
PÄA.PosiPapiere.3 : Positionspapiere3	48
3 Sonstige Anträge	49
SA.PosPapierBefugnis.1: Befugnis des Landesvorstandes für die Beschließung von Positionspapieren	49
SA.LQFB.1: Einführung von LiquidFeedback auf Landesebene	49
SA.PosPapierBefugnis.2: Befugnis des Landesvorstandes für die Beschließung von Positionspapieren - Zweistufiges Verfahren	50
SA.Lehrmittel.1: Freie Lehrmittel	51
SA.Infrastruktur.1: Infrastrukturausbaukoordinierung	51
SA.AGPresse.2: AG Presse II	52
SA.Notrufsystem.1: Barrierefreies Notrufsystem	53
SA.Zeitarbeit.1: Sozialverträgliche Anpassung der Zeitarbeit/Leiharbeit	53
SA.Medienkunde.1: Medienkundeunterricht	55
SA.EMBoykott.1: Position EM Boykott	56
SA.Logo.1: Landeslogo 2.0	57
SA.VoSiAufzeichnung.1: Aufzeichnung aller Vorstandssitzungen	58
SA.Vorstandsliste.1: Öffnung der Vorstandsliste	59
SA.DigiKomm.1: Teilhabe am digitalen Leben - Zugang zur Digitalen Kommunikation	59
SA.AGPresse.1: AG Presse I	60
SA.Altersmischung.1: Altersgemischte Klassen an allen staatlichen Grundschulen .	61
SA.Pressesprecher.1: Pressesprecher	62
SA.Nahrungsmittelspekulation.1: Verbot der Spekulation mit agrargebezogenen Rohstoffen	62
SA.Sorgerecht.1: Gemeinsames Sorgerecht ab Geburt	63

1 Satzungsänderungsanträge

SÄA.Vorstand.1 : §6a - Der Landesvorstand

beantragt durch: Beni

betrifft: Landessatzung / §6a

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Beantragte Änderungen

Neufassung:

§ 6a - Der Landesvorstand

(1) Dem Landesvorstand gehören mindestens drei Piraten an. Die Mitgliederversammlung wählt einen Vorsitzenden, einen Schatzmeister und einen Generalsekretär. Der Landesvorstand kann durch einfachen Beschluss der Mitgliederversammlung um einen stellvertretenden Vorsitzenden, einen politischen Geschäftsführer und bis zu zwei Beisitzer erweitert werden. Diese werden von der Mitgliederversammlung gewählt.

Die bisherige Formulierung lautet:

§ 6a - Der Landesvorstand

(1) Dem Landesvorstand gehören mindestens drei Piraten an: Ein Vorsitzender, der Schatzmeister und der Generalsekretär. Der Landesvorstand kann um einen stellvertretenden Vorsitzenden, einen politischen Geschäftsführer und bis zu zwei Beisitzer erweitert werden.

Begründung

Neuformulierung der bestehenden Regelung, um aufgetretene Irritationen zu vermeiden

SÄA.Antragsrecht.2 : Antragsfabrik/§6a (6) Antragsrecht alle*beantragt durch: Carsten Eckart - CarArt**betrifft: Landessatzung / §6a (6)*☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung**Beantragte Änderungen**

§6a (6) der Landessatzung der Thüringer Piratenpartei wird durch folgenden Text ersetzt:

“(6) Jede natürliche Person und jedes Organ der Piratenpartei Thüringen und ihrer Untergliederungen ist berechtigt, Anträge an den Vorstand zu stellen.”

Begründung

Simon wies sinnvollerweise auf das Vorbild Piraten Berlin hin, die allen Bürgern ein Antragsrecht einräumen. Desweiteren sollen explizit die Organe Antragsrecht haben.

SÄA.Datum.1: Update der Datumsangaben

beantragt durch: Hendrik

betrifft: Landessatzung / verschiedene

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Beantragte Änderungen

Es wird beantragt, die Datumsangaben in den Paragraphen §2(1), §2(4), §6c(1), §9(6), §11(1) und §12(2) auf den 12.05.2012 zu ändern.

Begründung

Verweis auf die aktuelle Bundessatzung herstellen.

SÄA.Auflösung.1 : Verbesserungsvorschlag einer Formulierung, ohne Änderung des eigentlichen Sinns

beantragt durch: Mario Pohle
betrifft: Landessatzung / § 10

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Beantragte Änderungen

Ich beantrage eine neue Formulierung des § 10, Auflösung und Verschmelzung.

Alt:

(1) Die Auflösung des Landesverbandes kann nur durch einen Beschluss des Landesparteitages mit einer Mehrheit von drei Viertel der zum Landesparteitag Stimmberechtigten beschlossen werden.

Neu:

(1) Die Auflösung des Landesverbandes kann nur durch einen Beschluss des Landesparteitages mit einer Mehrheit von drei Viertel der am Tag des Landesparteitag stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden. Die Anzahl von drei Viertel bezieht sich auf die Tatsächlichen Mitglieder des Landesverbandes, unabhängig davon ob diese anwesend sind.

Begründung

Über eine Auflösung nachzudenken ist eh Usus. Wenn es eine diesbezügliche Regelung auf Grund gesetzlicher Vorgaben geben muss, so sollte sie im verständlichen Deutsch verfasst sein. Die alte Regelung ist rechtlich sicherlich auch in Ordnung, hört sich aber total zweideutig an, da hieraus nicht eindeutig hervorgeht das die Stimmberechtigten auch anwesend sein müssen.

SÄA.Untergliederung.1 : §4b Absatz (1)

beantragt durch: Piet

betrifft: Landessatzung / §4b Absatz (1)

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Beantragte Änderungen

Der §4b Absatz (1) der Thüringer Satzung wird durch folgende Fassung ersetzt:

§4b - Gründung einer Untergliederung

(1) Zum Zeitpunkt der Gründung eines Gebietsverbandes der PIRATEN Thüringen müssen dem zukünftigen Gebietsverband mindestens 30 Piraten angehören. Die aktuelle Mitgliederzahl des betreffenden Gebietsverbandes wird durch den Landesvorstand auf Anfrage durch die gründungswilligen Piraten mitgeteilt.

Begründung

Die Erhöhung der notwendigen Mitgliederzahl für die Gründung einer Gliederung dient neben der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit auch dazu, dass die Gliederung auch wirtschaftlich ist. Erst ab 20 zahlenden Mitgliedern ist eine Untergliederung für die Partei wirtschaftlich sinnvoll, da für jede Untergliederung Kosten für die Rechnungsprüfung entstehen.

SÄA.Rechnungsprüfer.1 : Rechnungs- und Kassenprüfer

beantragt durch: Hendrik
betrifft: Landessatzung / §6b

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Beantragte Änderungen

Hiermit beantrage ich folgende Änderung der Landessatzung: Streichung des Abschnittes (6) von §6b und gleichzeitige Änderung des §6b, Absatz 7 in folgenden Text:

(7) Der Landesparteitag wählt mindestens zwei Rechnungsprüfer. Diesen obliegen die **Prüfung** des finanziellen Tätigkeitsberichtes für den folgenden Landesparteitag und die **Prüfung**, ob die Finanzordnung und das Parteiengesetz eingehalten wird. Sie haben das Recht, kurzfristig Einsicht in alle finanzrelevanten Unterlagen zu **erhalten**. Sie sind angehalten, etwa zwei Wochen vor dem Landesparteitag die letzte **Prüfung** der Finanzen durchzuführen. **Das Ergebnis der Prüfung wird dem Parteitag vor der Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes verkündet und zu Protokoll genommen.** Die Amtszeit der Rechnungsprüfer ist deckungsgleich mit der Amtszeit der Mitglieder des Landesvorstandes.

Begründung

Die Rechnungsprüfer aus 6b(6) haben keine realistische Chance, eine Rechnungsprüfung auf dem Landesparteitag durchzuführen. Dafür benötigt man mehr als 2-3 Stunden. Die gleiche Aufgabe nehmen während der Amtszeit auch schon die Kassenprüfer wahr und haben daher einen weitreichenden Einblick in die Finanzen des LVs. Folglich sind die Kassenprüfer für die Empfehlung der Entlastung des Landesvorstandes besser geeignet. Da aber laut PartG ein Amt wie Rechnungsprüfer gewählt werden muss, wird die Bezeichnung Kassenprüfer (und im Sinne derer) durch Rechnungsprüfer ersetzt.

SÄA.Antragsrecht.1 : §6a (6) Antragsrecht

beantragt durch: Carsten Eckart - CarArt
betrifft: Landessatzung / §6a (6)

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Beantragte Änderungen

§6a (6) der Landessatzung der Thüringer Piratenpartei wird durch folgenden Text ersetzt:

“(6) Antragsberechtigt an den Vorstand sind die Organe des Landesverbandes und seiner Gebietsverbände und jedes ordentliche Mitglied der PIRATEN Thüringen.”

Begründung

Die aktuell gültigen Einschränkungen des Antragsrechts an den Landesvorstand sind nicht sinnvoll. Die Idee, die Kreisvorstände als “Proxy” einzusetzen, ist in der Praxis auch nicht sinnvoll. Von Antrags-Spam kann man nicht wirklich ausgehen.

Einen Antrag, der meinen Kreisverband betrifft, stelle ich an meinen Kreisvorstand. Einen Antrag, der den Landesverband betrifft, stelle ich an den Landesvorstand, kann das aber aktuell nicht machen, ohne den Kreisvorstand um eine Antragsübernahme zu bitten.

Die alte Formulierung war:

- (6) Antragsberechtigt an den Vorstand sind:
 - a) Organe der PIRATEN Thüringen und seiner Gebietsverbände,
 - b) Piraten aus einem Gebietsverbandes unterhalb des Landesverbandes, sofern der Antrag von drei weiteren Piraten des Landesverbandes gezeichnet wird,
 - c) Piraten des Landesverbandes, welche keinen weiteren Gebietsverbände angehören,
 - d) Mitglieder des Vorstandes des Landesverbandes.

SÄA.Wiederwahl.1 : Begrenzung der Wiederwahl für funktionsbezogene Vorstandspositionen

beantragt durch: Alex W

betrifft: Landessatzung / § 6a (3)

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Beantragte Änderungen

Begrenzung der Wiederwahl für funktionsbezogene Vorstandspositionen

Satzungsänderung:

Alt:

§ 6a - Der Landesvorstand

(3) Die Mitglieder des Landesvorstandes werden vom Landesparteitag in geheimer Wahl mindestens einmal pro Kalenderjahr gewählt.

Neu:

§ 6a - Der Landesvorstand

(3) Die Mitglieder des Landesvorstandes werden vom Landesparteitag in geheimer Wahl mindestens einmal pro Kalenderjahr gewählt. Eine zweite Wiederwahl für die selbe funktionsbezogene Position ist nicht zulässig.

Begründung

Ziel dieses Antrages ist es Dauerbesetzungen von Ämtern zu verhindern und somit größere Redundanz, objektivere Amtswahrnehmung und eine frühzeitige Besetzungsdiskussion zu erzeugen.

SÄA.Datum.2 : Update der Datumsangaben, weiterführender Antrag

beantragt durch: *Mario Pohle*

betrifft: *Landessatzung / §§ 2, 6, 9, 11, 12*

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Beantragte Änderungen

In allen Regelungen in welchen auf die Bundessatzung oder Bundesfinanzordnung vom 04.06.2011 Bezug genommen wird, soll das Datum 04.06.2011 durch den Verweis auf die gerade gültige Fassung ersetzt werden.

Konkret:

§ 2 - Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft ist durch die Bundessatzung in der „aktuellen Fassung“ geregelt. (4) Die Beendigung der Mitgliedschaft ist durch die Bundessatzung in der „aktuellen Fassung“ geregelt.

§ 6c - Landesschiedsgericht

(1) Rechte und Pflichten des Landesschiedsgerichts sind in der Bundesschiedsgerichtsordnung als Teil der Bundessatzung in der „aktuellen Fassung“ geregelt.

§ 9 - Satzungs- und Programmänderung

(6) Im Übrigen gelten die Regelungen der Bundessatzung in der „aktuellen Fassung“.

§ 11 - Finanzordnung

(1) Es gilt im Wesentlichen die Bundesfinanzordnung in der „aktuellen Fassung“.

§ 12 - Verbindlichkeit dieser Landessatzung

(2) Im Übrigen gilt die Bundessatzung in der „aktuellen Fassung“.

Die Ein- und Ausführungszeichen vor und nach „aktuellen Fassung“ dienen lediglich der Kennzeichnung der gewünschten Änderung. In der Satzung sollen diese nicht vorhanden sein.

Begründung

Zum Antrag brauche ich sicherlich nicht viel zu begründen. Bundesrecht bricht Landesrecht. Wenn sich also an der Bundessatzung etwas ändert, worauf wir uns beziehen, so müssen wir jedes Mal die Daten in der Landessatzung neu beschließen. Dabei gibt es gesetzlich keine andere Wahl als das wir uns der Bundessatzung unterordnen, es seihe denn der Bundesparteitag würde für uns Ausnahmegenehmigungen beschließen, wovon ich allerdings dort abraten würde.

SÄA.Vorstand.2 : Erweiterung des Vorstandes auf sechs mögliche Beisitzer

beantragt durch: Mario Pohle
betrifft: Landessatzung / § 6a

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Beantragte Änderungen

Ich beantrage den Vorstand auf sechs mögliche Beisitzer zu erweitern.

Alt:

§ 6a - Der Landesvorstand

(1) Dem Landesvorstand gehören mindestens drei Piraten an: Ein Vorsitzender, der Schatzmeister und der Generalsekretär. Der Landesvorstand kann um einen stellvertretenden Vorsitzenden, einen politischen Geschäftsführer und bis zu zwei Beisitzer erweitert werden.

Neu:

§ 6a - Der Landesvorstand

(1) Dem Landesvorstand gehören mindestens drei Piraten an: Ein Vorsitzender, der Schatzmeister und der Generalsekretär. Der Landesvorstand kann um einen stellvertretenden Vorsitzenden, einen politischen Geschäftsführer und bis zu sechs Beisitzer erweitert werden.

Begründung

Das Thüringer Kabinett besteht aus dem Ministerpräsidenten, dem Stellvertreter und 9 verschiedene Minister, welche für 9 Ministerien zuständig sind.

Als Thüringer Piraten sollten wir durch Meinungsäußerungen zu allen politischen Themen welche in Thüringen gerade „auf der Tagesordnung“ stehen Flagge zeigen. Das können wir nur erreichen wenn sich nicht jeder mit allem, sondern jeder mit dem beschäftigt womit er sich auskennt.

Es gibt einige Beispiele wo Parteien ohne Parlamentsbeteiligung durch Bildung eines „Schattenkabinetts“ erfolgreich an den Tagesthemen mitarbeiten konnten. Durch die öffentliche Wahrnehmung dieser Tatsache kamen sie später nicht nur ins Parlament, sondern auch in Regierungsverantwortung.

Jeder Pirat im Vorstand sollte sich thematisch einem Ministerium widmen, welches er aktiv verfolgt. Er ist angehalten zu seinem Thema Positionspapiere und Programmanträge zu verfassen. Die Positionspapiere sollen dann im gesamten Vorstand und die Programmanträge auf dem Landesparteitag, beschlossen werden.

Über ideologisch uns nahe stehende Verbände, oder Piraten in diesen Verbänden, können wir uns bezüglich der Entwürfe für Gesetze, wozu wir uns bereits zum Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens äußern sollten, informieren lassen.

Es gibt Verbände welche sich für eine bessere Bildungspolitik engagieren. Es gibt einen Verband gegen überhöhte Kommunalabgaben. Es gibt einen Bauernverband welcher speziell die kleinen Familienbetriebe vertritt (VDL, habe ich selber nach der Wende mit gegründet). Es gibt Sozialverbände, kleine Gewerkschaften. und, und, und. ...

Wir brauchen das Fahrrad nicht neu erfinden. Wir sollten uns die "Sorgen und Nöte" der etablierten Verbände anhören und sich mit deren Lösungsansätzen beschäftigen. So erhalten wir mittelfristig und mit viel Fleiß eine hohe Akzeptanz in breiten Schichten der Bevölkerung.

Um das Umzusetzen soll sich jeder Pirat im Vorstand in der oben beschriebenen Form mit einem Thema beschäftigen. Der Vorstand sollte, außer dem Schatzmeister, aus 10 Piraten bestehen.

Viele Grüße, Mario Pohle

SÄA.Programmanträge.1 : Programmantraege

beantragt durch: Frank11

betrifft: Landessatzung / § 9

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Beantragte Änderungen

Ich beantrage hiermit, dem Landesparteitag folgende Satzungsänderung zur Abstimmung vorzulegen:

Die Formulierung in § 9 Abs. (4)

“Ein Antrag gilt als eingereicht, wenn er dem Landesvorstand in Textform per E-Mail an vorstand@piraten-thueringen.de oder per Brief an das offizielle Postfach zugegangen ist. Im Übrigen können Anträge formfrei gestellt werden.”

ist durch folgende neue Formulierung zu ersetzen:

“Ein Antrag gilt als eingereicht, wenn er dem Landesvorstand in Textform per E-Mail an vorstand@piraten-thueringen.de oder per Brief an das offizielle Postfach zugegangen ist. Eingereichte Programmänderungsanträge sollen einen Verweis auf das Kapitel bzw. die Leitlinie im bestehenden Programm enthalten, die damit verändert oder erweitert werden. Kann keine passende Zuordnung getroffen werden, soll der Antrag einen Vorschlag für ein/e neue/s Kapitel bzw. Leitlinie enthalten. Darüber hinaus können Anträge formfrei gestellt werden.”

Begründung

Derzeit werden Programmanträge meist ohne Bezug und ohne Rücksicht auf das bereits bestehende Programm gestellt. Demzufolge kann es schwierig sein, neu abgestimmte Programmpositionen in bestehende Kapitel/Leitlinien zu integrieren, u.U. müssen Formulierungen geändert und Überschneidungen entfernt werden, um die Konsistenz und Schlüssigkeit des Gesamtprogramms zu erhalten. Diese Änderungen bedingen wieder neue Programmanträge usw. Die vorgeschlagene Satzungsänderung zwingt Antragsteller dazu, ihre Programmanträge VOR dem Einreichen des Antrags mit dem bestehenden Programm abzugleichen und einen passenden Platz dafür vorzuschlagen.

Dies könnte beispielsweise folgendermaßen aussehen:

“Hiermit beantrage ich im Kapitel “Lebenswerte Umwelt” in der Leitlinie “Umweltpolitik” folgende Programmänderung bzw -ergänzung ...”

oder

“Hiermit beantrage ich im Kapitel “Demokratisches Thüringen” eine neue Leitlinie mit dem Titel “XYZ” und folgendem Inhalt aufzunehmen ...”

Findet sich keine passende Stelle für den Antrag, muss ein neues Kapitel bzw. eine neue Leitlinie vorgeschlagen werden. Anträge, die keinen Verweis enthalten oder auf offensichtlich unpassende Stellen im Programm verweisen, sollten in Zukunft vorab zurückgewiesen werden.

2 Programmanträge

PÄA.Höllentalbahn.1 : Reaktivierung Hoellentalbahn

beantragt durch: Uwe Rüdiger

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Die Piraten Thüringen setzen sich dafür ein, den Lückenschluß im Schienennetz zwischen Bad Lobenstein und Hof (Reaktivierung 6,5 km zwischen Hölle und Marxgrün) = HÖLLENTAL-BAHN zu forcieren. Zahlreiche Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudien in den letzten Jahren haben bewiesen, das diese Strecke vor allem für den Güterverkehr sehr rentabel ist und zahlreiche LKW-Kilometer einspart. Auf bayerischer Seite gibt es seit Jahren schon ein Entgegenkommen bei der Reaktivierung, nur Thüringen stellt sich hier quer. Dabei ist gerade die Holzverarbeitende Industrie in Blankenstein und Umgebung auf den Transportweg Schiene angewiesen, da zur Zeit hier Umwege von 200 km in Kauf genommen werden müssen. Wir als Piraten wollen einen umweltfreundlichen Transport der Güter über den Schienenweg und daher sind die hier veranschlagten Kosten von 20 Millionen eine nützliche Investition, die auch von den Firmen in der Umgebung mitgetragen wird.

Begründung

Der Verein Höllennetz e.V. www.hoellennetz.de bemüht sich schon seit Jahren um die Reaktivierung, aber gerade auf Thüringer Seite wird hier immer wieder bei diesem wichtigen und dringenden Infrastrukturprojekt geblockt. Hier hängen im Endeffekt Arbeitsplätze von einer weiteren Blockadesituation ab, und bei den explodierenden Spritpreisen sind konkurrenzfähige Preise mit LKW-Transporten auch nicht mehr lange zu halten. Auch in der touristischen Entwicklung wäre eine Wiederbelebung des Personenverkehrs ein sehr gutes Zeichen für diese landschaftlich reizvolle Region, das Nonplusultra bleibt aber erst einmal der dringende Ausbau aufgrund des Güterverkehrs. Als Ansprechpartner würde ich mich hierzu auch zur Verfügung stellen Uwe Rüdiger

PÄA.Wahlrecht.1 : Aktives Wahlrecht ab Geburt

beantragt durch: PeterGold

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Die Piraten Thüringen fordern eine vollständige Aufhebung des Mindestalters bei Wahlen und Abstimmungen auf allen politischen Gliederungsebenen. Art 38 II Grundgesetz und äquivalente Passagen in den Landesverfassungen sollen dahingehend geändert werden. Das

aktive Wahlrecht soll ab der Geburt von jedem Bürger wahrgenommen werden können. Die erstmalige Ausübung dieses Wahlrechts erfordert die selbständige Eintragung in eine Wählerliste. Eine Stellvertreterwahl durch Erziehungsberechtigte lehnen wir ab. Damit einhergehend dürfen auch direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten nicht durch Altersgrenzen eingeschränkt werden.

Begründung

Das Wahlrecht ist ein fundamentales Menschenrecht, kein freundlicherweise gewährtes Privileg. Dieses Recht ist in Artikel 21 der allgemein Erklärung der Menschenrechte verbrieft. Aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geht hervor, dass Kinder ab ihrer Geburt zum Staatsvolk zählen und ihnen die Grund- und Bürgerrechte des Grundgesetzes in vollem Umfang zustehen. Einschränkungen dieser Grundrechte müssen sorgfältig begründet werden. Die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts steht in dieser Hinsicht im Einklang mit der UN-Konvention für die Rechte des Kindes, der Gesetzgeber hinkt diesem Anspruch aber weiterhin hinterher. Es ist nicht nachvollziehbar, warum es zum Schutz der Demokratie notwendig ist, Minderjährige von der Wahl auszuschließen und ihnen ihr Abstimmungsrecht zu nehmen. Im Gegenteil stellt ihre Beteiligung in unseren Augen eine Bereicherung dar. Vor diesem Hintergrund ist die Beschränkung des Wahlrechts in Art. 38 II GG auf Menschen über 18 Jahre nicht hinnehmbar.

Demokratie ist kein Instrument zur Wahrheitsfindung, sondern trägt der Idee Rechnung, dass wir nur dann Macht über Menschen ausüben dürfen, wenn sie darüber mitentscheiden und ihre eigenen Interessen in die Waagschale werfen durften, wer diese Macht wie ausübt. Der Gedanke, z.B. Menschen das Wahlrecht zu entziehen, die im Gespräch Beeinflussbarkeit oder politische Unkenntnis zeigen, erscheint daher unangemessen. Ebenso wenig dürfen daher Kindern und Jugendlichen mit dem Argument, ihnen fehlte es noch an politischer Kenntnis oder sie seien zu beeinflussbar, das Wahlrecht vorenthalten: Dies gilt erstens nicht für alle (und zudem für viele Erwachsene), zweitens geht es bei Demokratie eben um die Berücksichtigung des Willens aller im gleichen Maße und nicht etwa darum, die „politische Wahrheit“ herauszufinden. Einen Willen und politische Interessen haben Kinder und Jugendliche aber sehr wohl. Eine Regierung, die von ca. 20% derer, über deren Rechte und Pflichten sie bestimmen darf, nicht mitgewählt werden durfte, ist nicht demokratisch legitimiert.

Mit freundlicher Ausarbeitung der Jungen Piraten: https://wiki.junge-piraten.de/wiki/Bundesmitgliederversammlung_2012.Q1/Antr%C3%A4ge#Antrag:_Positionspapier:_Abschaffung_des_aktiven_Wahlalters.2C_Wahlrecht_ab_Geburt

PÄA.EGK.1 : Ablehnung eGK

beantragt durch: Frank11

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Ich beantrage, im Programm der PIRATEN Thüringen im Kapitel “Solidargemeinschaft”, in der Leitlinie “Gesundheit und Suchtpolitik” folgenden Abschnitt

aufzunehmen:

Die PIRATEN Thüringen sprechen sich gegen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) aus. Die eGK ist ein überflüssiges und zudem teures IT-Projekt, das keinen Mehrwert für Versicherte, Patienten und Ärzte bringt, aber durch das fragwürdige Konzept einer zentralen Speicherung sensibler Patientendaten mit enormen Risiken eines Datenmissbrauchs verbunden ist. Die geplante Ausweitung von Kartenfunktionen über das derzeitige Maß der Verwaltung von Versichertendaten hinaus gefährdet die informationelle Selbstbestimmung der Patienten, leistet staatlichen Kontroll- und Überwachungstendenzen Vorschub und führt durch die Verquickung mit u.U. kostenpflichtigen Angeboten und "Mehrwertdiensten" zu einer noch stärkeren Kommerzialisierung des Gesundheitswesens. Die Einführung der eGK erhöht überdies den Verwaltungsaufwand und die Bürokratie in Arztpraxen beträchtlich und entzieht Patienten und Ärzten wertvolle Zeit für Gespräch, Aufklärung und Behandlung.

Begründung

Im Rahmen des sogenannten Basis-Rollouts werden seit Ende 2011 an viele Millionen Versicherte die Aufforderung geschickt, Lichtbilder für die neue eGK zu liefern, die jetzt und in Zukunft die derzeitige Versichertenkarte ersetzen soll. Die Einführung der eGK basiert auf der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie "Telematik im Gesundheitswesen - Perspektiven der Telemedizin in Deutschland" (1998) der internationalen Unternehmensberatung Roland Berger & Partner GmbH.

Die Kosten des eGK-Projekts, das bereits seit 2006 läuft, werden auf bis zu 14 Milliarden Euro geschätzt (zu Beginn war von 1,5 Mrd. Euro die Rede), Geld, das dem eigentlichen Gesundheitswesen und damit der Behandlung kranker Menschen entzogen wird. Doch nicht nur die Kosten laufen aus dem Ruder, auch der medizinische Nutzen ist fragwürdig und schon jetzt ist abzusehen, dass die Nutzung im medizinischen und persönlichen Alltag kompliziert ist und zu vielen Problemen führt. Die angeblich angestrebte Effizienzsteigerung wird dadurch in erheblichem Maße konterkariert.

Ähnlich wie bei der bereits vergebenen Steuernummer erhalten die Versicherten mit der eGK eine lebenslang gültige Versichertennummer. In Verbindung mit der Einführung der elektronischen Patientenakte, elektronischen Medikamentenverordnungen, Abrechnungen, gespeicherten Diagnosen und Behandlungsdaten und deren Speicherung in einer zentralen Datenbank entsteht so der gläserne Patient, der über die Verwendung, den Austausch und die Weitergabe seiner sensiblen Daten nur noch bedingt entscheiden kann bzw. dem ständigen Risiko eines Missbrauchs dieser Daten unterworfen ist. In diesem Zusammenhang wird von Kritikern von der "Vorratsdatenspeicherung im Gesundheitswesen" gesprochen. Zwar sollen die Daten in der zentralen Datenbank verschlüsselt gespeichert werden, eine "Informationstechnische Servicestelle" der GKV behält jedoch Nachschlüssel, um bei Verlust der Karte die medizinischen Daten wiederherstellen zu können. Wer standardmäßig Zugang zu diesen Nachschlüsseln besitzt oder sich verschaffen kann, hat potentiell Zugriff auf hochsensible persönliche Daten von 70 Millionen Krankenversicherten.

Alle bisher gelaufenen Tests waren stark problembehaftet. Teilweise wurden Einführungsphasen in bestimmten Testgebieten wieder gestoppt. Bisher bekannt gewordene technische Mängel

und Sicherheitslücken sollen bei Kartenlesegeräten, die ab Oktober 2011 ausgeliefert werden, behoben sein. Die Anschaffung von Lesegeräten wurde jedoch nur bis September 2011 von den jeweiligen KVen bezuschusst, sodass die meisten Ärzte bereits Geräte vor den in Aussicht gestellten Verbesserungen gekauft haben.

Es gibt begründete Hinweise darauf, dass auch hier Lobby-Politik die eigentliche Triebfeder ist. Die bundesweite Einführung der "Telematik" im Gesundheitswesen ist ein gigantisches Geschäft. Gematik, Siemens, IBM, SAP u.a. sind jetzt schon Milliarden-Umsätze sicher. Außerdem wird der Bertelsmann-Ableger Arvato (Digitalisierung der Versichertenfotos?) als Profiteur genannt. Die Rolle der Bertelsmann-Stiftung in der deutschen Gesundheitspolitik dürfte mittlerweile bekannt sein.

Es ist bezeichnend, dass die o.g. Telematik-Studie mittlerweile im Netz nicht mehr frei verfügbar ist. Die ursprünglich in der Studie enthaltene positive Einschätzung der Strukturen des deutschen Gesundheitswesens im Jahr 1997 wurde (angeblich) entfernt.

CDU/CSU, SPD und Grüne befürworten die eGK, die FDP und die Linken verhalten sich ablehnend. Die Deutschen Ärztetage 2007, 2008, 2009 und 2010 haben das Projekt „elektronische Gesundheitskarte“ in der vorgelegten Form mit großer Mehrheit abgelehnt.

Quellen, Links und Verweise:

- www.ccc.de/de/elektronische-gesundheitskarte
- www.foebud.org/gesundheitskarte/copy_of_5-gegen-egk/
- www.stoppt-die-e-card.de/
- www.stoppt-die-e-card.de/index.php?/categories/5-Parteien-zur-eGK
- www.diekrankheitskarte.de/index.php?/archives/474-Dogmen-deutscher-Gesundheitspolitik.html
- www.gematik.de/cms/de/startseite/index.jsp
- www.aerzteblatt.de/archiv/75260
- www.krankenkassen-direkt.de/news/news.pl?val=1333806506&news=204285494

PÄA.Landwirtschaft.1 : Landwirtschaft in Thüringen

beantragt durch: Mario Pohle

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Ich beantrage in die Leitlinien zur Landespolitik an geeigneter Stelle einen noch weiter zu füllenden Passus „Landwirtschaft“ einzufügen.

Wir Piraten fordern die Gesetze der Landes Thüringen dahingehend zu gestalten, dass die Entwicklungen im ländlichen Raum an nachfolgenden Zielen ausgerichtet werden sollen.

- Die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft ist zu verhindern, bzw. abzubauen.
- Die wirtschaftlichen Existenzen bäuerlicher Familienbetriebe im Haupt- und Nebenerwerb ist zu fördern.
- Die Familienbetriebe sollen an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben.
- In ländlichen Räumen sollen bäuerliche und handwerkliche Strukturen wiederaufgebaut und erhalten werden.
- Es sind Maßnahmen zum Betrieb einer nachhaltigen und umweltgerechten Landwirtschaft zu fördern.
- Die Ernährung der Menschen muss durch umwelt-, art- und tierschutzgerechte Haltung sowie Fütterung der Viehbestände und einer ökologisch orientierten Pflanzenproduktion gewährleistet werden.
- Zur Sicherung gerechter und ausreichender Preise, für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sollen gleiche Wettbewerbsbedingungen im Angesicht der Globalisierung der Märkte geschaffen werden.
- Landwirtschaftliche Großbetriebe, welche Arbeitnehmer beschäftigen, können diese im Winter entlassen. Die Arbeitnehmer erhalten in der Zeit der Arbeitslosigkeit ihr Einkommen vom Staat. Wir fordern für Familienbetriebe, welche sich nicht dieser Praxis bedienen können, einen adäquaten Ausgleich beim Einkommen zu schaffen.
- Landwirte leiste mehr als nur Nahrungsmittel zu produzieren. Wenn die Kulturlandschaft in der von uns geforderten Weise bewirtschaftet wird, wird diese von den Landwirten in Ordnung gehalten und für spätere Generationen bewahrt. Deutlich wird dieser Mehrwert erst da wo es keine Landwirte mehr gibt, welche kleine und unrentable Flächen bewirtschaften. Dann müssen die Kommunen nicht unerhebliche Aufwendungen betreiben um durch Firmen, deren Geschäftszweck die Landschaftsgestaltung ist, diese Flächen in Ordnung halten zu lassen. Wir fordern, dass die Landwirte eine angemessene Vergütung für die Bewirtschaftung dieser vorgenannten Flächen erhalten. Es soll ein Vergütungsmodell geschaffen werden welches den Interessen der öffentlichen Hand und den Interessen der Landwirte entspricht. Die Landwirte generieren so ein höheres Einkommen für ihre Familien. Die öffentliche Hand spart, da die Zusatzvergütung der Landwirte niedriger ausfallen kann als wenn eine separate Firma mit der Landschaftspflege beauftragt wird, welche zum Beispiel das abgemähte Gras dem Kompost zuführt, als es sinnvollerweise an Tiere zu verfüttern. Unsere Gesellschaft wird sich derart frevelhaftes Treiben nicht mehr lang leiste können.

Begründung

Die Begründung ergibt sich aus dem Text.

PÄA.Uni.1 : Uni Hochschulen 1

beantragt durch: Cat

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der bis jetzt vorhandene Programmpunkt "Universität und Hochschule" soll durch folgenden Abschnitt ersetzt werden:

"Präambel

Thüringen ist Wissenschaftsstandort. Die verschiedenen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind Orte der geistigen Begegnung und Impulsgeber für Thüringen. Davon profitiert auch die Wirtschaft: durch Anregungen aus Wissenschaft und Forschung können gemeinsame Innovationen in Markterfolge übersetzt werden. Damit dies weiter so bleibt, muss eine engere Vernetzung der verschiedenen Hochschulstandorte innerhalb und außerhalb Thüringens und auch weltweit weiter vorangetrieben werden. Die PIRATEN Thüringen stehen für einen gleichen, freien und unentgeltlichen Zugang zu allen öffentlichen Hochschuleinrichtungen ein."

Begründung

Programmpunkt ist bis jetzt noch zu unkonkret

PÄA.Uni.3 : Uni Hochschule 3

beantragt durch: Cat

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der bis jetzt vorhandene Programmpunkt "Universität und Hochschule" soll durch folgenden Abschnitt ersetzt und erweitert werden:

"Mitbestimmung innerhalb der Hochschule

Die Kommunikation mit den studentischen Gremien ist sehr wichtig, um zu erfahren, welche Wünsche und Nöte die Studierendenschaft hat. Hierzu bedarf es in allererster Linie einer verbesserten Wahrnehmung, Kommunikation und Einbeziehung der studentischen Gremien an allen Fakultäten sowie der Hochschulen selbst. Die studentischen Gremien und ihre Anliegen müssen ernster genommen und ihren Belangen hinreichend Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir setzen uns für eine ausgewogene und faire Mitbestimmung aller an den Hochschulen vertretenen Gruppen ein. Bei der Neuakkreditierung von Studiengängen ist es vor allem auch wichtig, auf die Erfahrungen der Studierendenschaft zurückzugreifen und diesen hier ebenfalls ein Stimmrecht einzuräumen. Ferner wird die Zusammensetzung der Gremien durch das Hochschulrahmengesetz und indirekt durch das Grundgesetz geregelt. Das höchstrichterliche Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1973 gilt es hierbei zu beachten. In diesem wird festgestellt, dass eine Mehrheit der Professoren in entscheidenden Gremien durch das

Grundgesetz gefordert wird, um die Freiheit in Forschung und Lehre zu garantieren. Aus diesem Grunde ist es wichtig, die aktuell in Thüringen existierenden Hochschulräte in der Mehrheit (mind. 60%) mit hochschulinternen Mitgliedern zu besetzen. Außerdem müssen studentische Mitglieder des Gremiums auch ein Stimmrecht zugeteilt bekommen. Des Weiteren müssen alle Hochschulräte transparent über ihre Sitzungen und Entscheidungen berichten. Dies ist zur Zeit leider noch nicht der Fall.”

Begründung

Begründung des Antrages zweite Zeile etc.

PÄA.Uni.5 : Uni Hochschule 5

beantragt durch: Cat

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der bis jetzt vorhandene Programmpunkt “Universität und Hochschule” soll durch folgenden Abschnitt ersetzt und ergänzt werden:

“Wissenschaftlichen Nachwuchs fördern

Ansätze zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses werden leider oft als Einladung zum Sparen aufgefasst. Dem wissenschaftlichen Mittelbau muss eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen beispielsweise durch längere und anpassungsfähigere Vertragslaufzeiten sowie flexible Arbeitsvertragsgestaltungen ermöglicht werden. Des Weiteren müssen die Hochschulen unabhängige Angebote zur Beratung und Weiterbildung zur Karriereplanung anbieten. Juniorprofessur sowie die geplante Lehrjuniorprofessur sind in der derzeitigen Form äußerst problematisch. Insbesondere müssen die Zukunftsaussichten der Juniorprofessoren verbessert werden. Die Einführung eine „Tenure Track“ nach US-amerikanischem Vorbild mit der Weiterbeschäftigung als Professor nach Ablauf der Juniorprofessur als Regelfall wäre ein Ansatz. Bestehende Lehraufträge an Hochschulen sollen angemessener als bisher vergütet und befristete in unbefristete Arbeitsverträge umwandelt werden.”

Begründung

Programmpunkt ist bis jetzt noch zu unkonkret

PÄA.Kommunalpolitik.1 : Kommunalpolitik in Thüringen

beantragt durch: Mario Pohle

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Ich beantrage in die Leitlinien zur Landespolitik an geeigneter Stelle einen noch weiter zu füllenden Passus „Kommunalpolitik“ einzufügen.

Wir Piraten fordern die Gesetze der Landes Thüringen dahingehend zu gestalten, dass die Entwicklungen der Dörfer, Städte und Landkreise an nachfolgenden Zielen ausgerichtet werden sollen.

Kommunen sollen nur dann durch übergeordnete Gesetzgebungsorgane zur Wahrnehmung weiterer Aufgaben verpflichtet werden dürfen wenn das übergeordnete Gesetzgebungsorgan die Finanzierung der zusätzlichen Aufgaben durch erhöhte Schlüsselzuweisungen, andere Arten von Zuschüssen, oder direkte Kostenübernahmen, gewährleistet.

Gebietsreformen, oder Gesetze zu Gemeindeneugliederungen, sollen nur noch auf freiwilliger Basis und unter Zustimmung aller beteiligten Gebietskörperschaften durchgeführt werden. Die Bürger der Betroffenen Gebietskörperschaften müssen in solche Entscheidungsprozesse aktiv durch Bürgerentscheid einbezogen werden. Gemeinden, welche sich auf Grund der Gesetze und gegen ihren eigenen Willen in der Vergangenheit an größere Gemeinden anschließen mussten ist ein Austritt aus der „Großgemeinde“ zu ermöglichen, falls es zu einem Votum innerhalb der kleineren Gemeinde für diesen Austritt kommt.

Gemeinden sollen selbst entscheiden dürfen welche kommunalen Steuern und Satzungen sie einführen wollen.

Heute ist es gängige Praxis das Gemeinden welche keine Straßenausbaubeiträge erheben wollen per Gesetz verpflichtet sind eine Straßenausbaubeitragssatzung erlassen zu müssen. Einwohnern welche in einer Gemeinde leben in welcher es bisher keine solche Satzung gab können nach einer Gebietsreform sogar von der neuen Einheitsgemeinde rückwirkend für längst erfolgte und bezahlte Straßenbaumaßnahmen zur Kasse gebeten werden, obwohl diese Beiträge nie im Sinne der alten Gemeinde waren und diese auch keinem wirtschaftlichen Zwang unterlag solche Beiträge erhoben haben zu müssen.

Dieses Vorgehen widerspricht jeglicher Selbstbestimmung auf kommunaler Ebene.

Diesem „Treiben“ wollen wir ein Ende setzen.

Begründung

Die Begründung ergibt sich aus dem Antragstext. Die Kommunen werden durch übergeordnete Gesetzte geradezu „vergewaltigt“. Ein Beispiel hierfür ist die gesetzlich geregelte Herabsetzung der Gewerbesteuer. Die Kommunen kassierten auf Grund der alten Regelung die Vorauszahlungen der Steuerzahler. Dann wurde ein Gesetz erlassen welches die Steuerzahler der Gewerbesteuer entlastet. Im Übergang müssen die Kommunen nicht nur die zukünftig geringere Gewerbesteuer in ihren Haushalten berücksichtigen, sondern den nun zu viel gezahlten Vorauszahlungsbetrag zurückzahlen. Auf Grund dieser Regelung können viele Kommunen welche bisher vernünftig und nachhaltig wirtschafteten dieses Jahr erstmals keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Nun müssen die Kommunen über ihre Hebesetze nachdenken.

Ich war nach der Wende sechs Jahr Bürgermeister und könnte an dieser Stelle viele Beispiele anführen.

Viele Grüße, Mario Pohle

PÄA.Fracking.1 : Fracking in Thüringen

beantragt durch: Bernd

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Die Piraten Thüringen lehnen Hydraulic Fracturing, auch Fracking genannt, als Methode zum Abbau von fossilen Brennstoffen ab. Durch die Anwendung dieser Verfahren werden zahlreiche, zum Teil hochtoxische und karzinogene Stoffe in den Untergrund eingebracht, deren Ausbreitung und Auswirkungen auf Mensch und Umwelt bisher kaum abzuschätzen sind. Die konsequente Vermeidung von gesundheitsgefährdenden Verunreinigungen in Boden und Grundwasser stellt eine wesentliche Voraussetzung dar, um unkontrollierbare Risiken für uns und nachfolgende Generationen auszuschließen. Daher setzen wir uns in Thüringen, aber auch auf Bundes- und EU-Ebene für ein Verbot von Fracking-Verfahren ein. Um den benötigten Energiebedarf zu decken, setzen wir statt dessen auf Effizienzsteigerung bei herkömmlichen Energieerzeugungsverfahren, Suffizienz bei der Energienutzung und eine Umstellung auf generative Energien. Fluktuationen bei Energieproduktion und -nutzung sollten durch moderne Verteilungs- und Speichertechniken ausgeglichen werden. Die Genehmigung und der Einsatz industrieller Verfahren zum Abbau von Rohstoffen müssen über das bisherige Bergrecht hinaus ebenso umwelt- und wasserrechtlichen Prüfungen unterzogen werden. Untersuchungen auf Naturverträglichkeit, Nachhaltigkeit, toxikologische Unbedenklichkeit und weitere gesundheitliche Auswirkungen sollten selbstverständlich sein. Derzeit angestrebte bzw. bereits abgeschlossene Verträge und erteilte Konzessionen für die Anwendung von Fracking-Verfahren sind vollständig offen zu legen und die Bürger der betroffenen Kommunen in einem transparenten und partizipativen Prozess zu informieren und einzubeziehen.

Begründung

Begründung des Antrages Siehe Antrag

PÄA.Uni.8 : Uni Hochschule 8

beantragt durch: Cat

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der bis jetzt vorhandene Programmpunkt "Universität und Hochschule" soll durch folgenden Abschnitt ersetzt und ergänzt werden:

"Förderung von E-Learning und Aufzeichnung, sowie Onlinestellen der Vorlesungen"

Schon seit einigen Jahren bieten manche Professoren ihre Vorlesungen im Internet als "E-Lectures" an. So können Studenten bequem von überall die Vorlesungen anschauen und

wiederholen. Die notwendige Technik ist in vielen Hörsälen bereits vorhanden, wird aber leider nicht genutzt. Das Land Thüringen kann hierzu einen wertvollen Beitrag leisten, indem es Serverkapazität und Datenbanken für die aufgenommenen Vorlesungen bereitstellt.”

Begründung

Begründung des Antrages zweite Zeile etc.

PÄA.Uni.10 : Uni Hochschule 10

beantragt durch: Cat

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der bis jetzt vorhandene Programmpunkt “Universität und Hochschule” soll durch folgenden Abschnitt ersetzt und ergänzt werden:

“Bachelor-/Mastersystem verbessern

Auch mehrere Jahre nach Einführung des neuen Bachelor-/Mastersystems gibt es dort noch viele Baustellen. Das System wurde unter anderem eingeführt, um Hochschulabschlüsse europaweit besser vergleichen zu können und einen Hochschulwechsel zu erleichtern. Diese Ziele wurden noch nicht erreicht. Selbst innerhalb Deutschlands werden Studienleistungen und Abschlüsse von anderen Hochschulen vereinzelt nicht anerkannt. Thüringen soll sich für landes- und bundesweit vergleichbare Abschlüsse am Beispiel des Diploms und Staatsexamens orientiert.”

Begründung

Programmpunkt ist bis jetzt noch zu unkonkret

PÄA.Präambel.1 : Praeambel-AG-Programm

beantragt durch: Simon

betrifft:

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Die Präambel des Programms der PIRATEN Thüringen wird durch folgenden Text ersetzt:

Die Piratenpartei überspannt alle gesellschaftlichen Schichten und gehört keinem traditionellen politischen Lager an. Piraten arbeiten themen- und lösungsorientiert an den Problemstellungen der Gegenwart und Zukunft. Freiheit in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts ist für uns als sozialliberale Grundrechtspartei mit basisdemokratischen Strukturen identitätsstiftend. Im Bemühen der Menschheit Raum und Zeit zu überwinden, tritt mit dem Internetzeitalter ein Epochenwandel ein, der ein neues Verständnis des Freiheitsbegriffs mit sich bringt: Freiheit durch Gleichberechtigung. Freiheit durch Meinungsäußerung. Freiheit

durch allgemeinen Zugang zu Bildung und Wissen. Freiheit durch Verzicht auf Hierarchien und Autoritäten. Freiheit durch Teilhabe und Pluralismus. Freiheit durch Selbstverwirklichung und Selbstbestimmtheit. Die Piraten suchen im Sinne dieser grundlegenden Wertevorstellung nach neuen Lösungsansätzen in allen politischen Bereichen. Dabei verstehen wir uns entgegen herkömmlicher Parteien als eine Art Bürgerbewegung, die die Mitbestimmung der Menschen in den Mittelpunkt stellt, um gemeinsam eine Gesellschaft von morgen zu gestalten. Wir haben nicht für alle Problemstellungen sofort eine Lösung, aber wir stellen Fragen und suchen mit allen Menschen aus Thüringen, Deutschland und der ganzen Welt nach Antworten. »Klar-machen zum Ändern!«

Begründung

Überarbeitung durch die AG Programm

Alte Fassung:

Die Piratenpartei überspannt alle gesellschaftlichen Schichten und gehört keinem traditionellen politischen Lager an. Piraten arbeiten themen- und lösungsorientiert an den Problemstellungen der Gegenwart und Zukunft. Wir wollen die Freiheit des Einzelnen im Sinne des Grundgesetzes bewahren. Der Schutz der Privatsphäre und die Gerechtigkeit in einer modernen Welt sind ein hohes Gut, welches wir energisch einfordern. Grundlegend wichtig sind für uns Bildung, Wissen und Kultur sowie der freie Zugang dazu. Wir stehen für die Mitbestimmung der Bürger durch direkte Demokratie an den Entscheidungen der Parlamente. Die Thüringer Verwaltungen müssen transparent handeln. Informationelle Selbstbestimmung und Datensparsamkeit zum Schutz jedes Einzelnen sind wichtige Elemente unserer Politik. Nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen und eine dem Gemeinwohl dienende Infrastruktur sind für uns Bürger zukunftsentscheidend. Die digitale Revolution bietet progressive Möglichkeiten für unsere Demokratie, die wir breit etablieren werden.

PÄA.StreichungPazifismus.1 : StreichungDesPazifismusabsatzes

beantragt durch: JesterJookerie

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Hiermit beantrage ich beim Landesparteitag die Streichung des Punktes "Pazifismus" aus dem Parteiprogramm der PIRATEN Thüringen.

Begründung

Zum Landesparteitag 2011.2 haben wir beschlossen, dass wir zukünftig keine Unterscheidung von Grundsatz- & Wahlprogramm treffen wollen. Dementsprechend wird unser gesamtes Grundsatzprogramm das Heft sein, das wir bei der kommenden Landtagswahl an unsere potenziellen Wähler verteilen - und zwar als ein direktes Aktionsversprechen an all die Wähler, die uns dann tatsächlich in den Thüringer Landtag wählen. Ein solches Dokument sollte damit auch nur die Punkte enthalten, die die Landesebene betreffen und die wir von dort auch tatsächlich gestalten können. Alles andere wäre ein leeres Versprechen und schafft bei der Bundestagswahl zusätzlich eine Unsicherheit, auf was unsere Wähler vertrauen können,

wenn wir uns im Bundeswahlprogramm & im Landeswahlprogramm zu Bundesthemen unterschiedlich positionieren. Die Lösung ist einfach: Aussagen zu Bundesthemen werden zukünftig ausschließlich im Bundeswahlprogramm festgeschrieben.

Als Gegenargument wird häufig angeführt, dass man mit der Themeninitiative aus einzelnen Landesverbänden heraus einen wichtigen Impuls für die Entwicklung des Bundesverbands setzen kann. "Schon 4 Landesverbände haben Punkt x beschlossen, also sollten wir das auch im Bund aufnehmen." Das ist tatsächlich sinnvoll & kann in Form von Positionspapieren natürlich auch weiterhin getan werden. Diese Lösung entspricht dann exakt dem eigentlich Sinn von Positionspapieren - es formuliert die Position eines Teilnehmers - in dem Fall eines LVs - in einer noch laufenden Debatte.

Als konkretes Ergebnis davon beantrage ich die Streichung aller Absätze des Thüringer Grundsatzprogramms, bei denen ich keine Landesverantwortlichkeit erkennen kann. Die Anträge sprechen sich deshalb nicht gegen den Inhalt aller dieser Punkte aus. Einige von ihnen sollten sicherlich bei nächster Möglichkeit im Bundesprogramm festgeschrieben werden. Außerdem erhebe ich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich hatte leider nicht genügend Zeit das gesamte Programm detailliert auf seinen Landesbezug zu prüfen. Wer der Meinung ist, dass weitere Absätze gestrichen werden sollten, kann sich gerne bei mir melden. (oder den dementsprechenden Antrag einfach selbst stellen :-))

PÄA.StreichungAÜG.1 : **StreichungDesArbeitnehmerüberlassungsgesetzAbsatzes**

beantragt durch: JesterJookerie

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Hiermit beantrage ich beim Landesparteitag die Streichung des Punktes "Arbeitnehmerüberlassungsgesetz" aus dem Parteiprogramm der PIRATEN Thüringen.

Begründung

Zum Landesparteitag 2011.2 haben wir beschlossen, dass wir zukünftig keine Unterscheidung von Grundsatz- & Wahlprogramm treffen wollen. Dementsprechend wird unser gesamtes Grundsatzprogramm das Heft sein, das wir bei der kommenden Landtagswahl an unsere potenziellen Wähler verteilen - und zwar als ein direktes Aktionsversprechen an all die Wähler, die uns dann tatsächlich in den Thüringer Landtag wählen. Ein solches Dokument sollte damit auch nur die Punkte enthalten, die die Landesebene betreffen und die wir von dort auch tatsächlich gestalten können. Alles andere wäre ein leeres Versprechen und schafft bei der Bundestagswahl zusätzlich eine Unsicherheit, auf was unsere Wähler vertrauen können, wenn wir uns im Bundeswahlprogramm & im Landeswahlprogramm zu Bundesthemen unterschiedlich positionieren. Die Lösung ist einfach: Aussagen zu Bundesthemen werden zukünftig ausschließlich im Bundeswahlprogramm festgeschrieben.

Als Gegenargument wird häufig angeführt, dass man mit der Themeninitiative aus einzelnen Landesverbänden heraus einen wichtigen Impuls für die Entwicklung des Bundesverbands setzen kann. "Schon 4 Landesverbände haben Punkt x beschlossen, also sollten wir das auch im Bund aufnehmen." Das ist tatsächlich sinnvoll & kann in Form von Positionspapieren natürlich auch weiterhin getan werden. Diese Lösung entspricht dann exakt dem eigentlich Sinn von Positionspapieren - es formuliert die Position eines Teilnehmers - in dem Fall eines LVs - in einer noch laufenden Debatte.

Als konkretes Ergebnis davon beantrage ich die Streichung aller Absätze des Thüringer Grundsatzprogramms, bei denen ich keine Landesverantwortlichkeit erkennen kann. Die Anträge sprechen sich deshalb nicht gegen den Inhalt aller dieser Punkte aus. Einige von ihnen sollten sicherlich bei nächster Möglichkeit im Bundesprogramm festgeschrieben werden. Außerdem erhebe ich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich hatte leider nicht genügend Zeit das gesamte Programm detailliert auf seinen Landesbezug zu prüfen. Wer der Meinung ist, dass weitere Absätze gestrichen werden sollten, kann sich gerne bei mir melden. (oder den dementsprechenden Antrag einfach selbst stellen :-))

PÄA.CCS.1 : Ablehnung der CCS-Technologie

beantragt durch: Bernd

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Die Piraten Thüringen lehnen die Verpressung von Kohlendioxid in Boden und Gewässern ab. Zum einen sind die Folgen für die Umwelt nicht ausreichend erforscht, zum anderen dient die Einlagerung dem Weiterbetrieb fossiler Kraftwerke, welche so den Umstieg hin zu einer zukunftsfähigen auf generativen Ressourcen beruhenden Energiebereitstellung verzögert. Ein langfristiger Verbleib des Kohlendioxides in den vorgesehen Lagerstätten ist keinesfalls gesichert, so dass dadurch eine Verlagerung heutiger Probleme auf zukünftige Generationen erfolgt. Weiter sind geeignete unterirdische Lagerstätten als großvolumige Langzeitspeicher für generativ erzeugtes Methan vorzuhalten um eine langfristig sichere Energieversorgung bei schwankender Bereitstellung zu ermöglichen.

Begründung

siehe Antrag

PÄA.Polizisten.1 : Schutz von Polizisten

beantragt durch: Matthias Kachel (MKA)

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Ich beantrage die Ergänzung des Programmpunktes 'Identifikationsnummer für Polizisten' um folgenden Text: 'Einsätze bei Demonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen sind von dieser Regelung ausdrücklich inbegriffen. Die Pflicht zur Verwendung von Namensschilder

auf den Uniformen der Polizisten im Einsatz wird zum Schutz der Polizisten abgelehnt. Den Beamten steht es aber frei, auf der Uniform den eigenen Namen anstatt der Identifikationsnummer zu verwenden.'

Begründung

Nachdem Sachsen Namensschilder für Polizisten im Einsatz eingeführt und gleichzeitig Demonstrationen von der Regelung ausgeschlossen hat, scheint die Ergänzung des Programmpunktes notwendig.

PÄA.StreichungNichtLandProgramm.1 : Streichung der Nicht-Landes-Programmpunkte

beantragt durch: Matthias Kachel (MKA)

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Ich beantrage die Entfernung aller Punkte aus dem Programm der PIRATEN Thüringen, für die alle folgende Bedingungen zutreffen:

- betreffen nicht die Landesebene und können nicht von Landesebene beeinflusst werden
- es existiert bereits ein Positionspapier mit übereinstimmenden Inhalt

Begründung

Alternative zu den Programm-Streichungsanträgen, stellt aber sicher, dass der zu streichende Programmpunkt inhaltlich tatsächlich in ein Positionspapier mündet.

PÄA.PosiPapiere.2 : Positionspapiere2

beantragt durch: Bernd

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Sammelantrag angenommene Positionspapiere 2011.2

Folgende bereits abgestimmte und angenommene Positionspapiere sollen Bestandteil des Programms werden. Sie sind jeweils in den passenden Abschnitt des Programms eingebaut werden. Die Formulierung wurde angepasst, so dass es als Programmpunkt wiedergegeben werden kann. Zur Verbesserung der Lesbarkeit des Programms können Formulierungen und Bezüge in den Antragstexten, wie "Piraten Thüringen" durch "Wir" odgl. ersetzt und die Formulierung entsprechend angepasst werden.

zentraler Datensammlungen Antragstext:

Die PIRATEN Thüringen setzen sich für die Auflösung zentraler Datensammlungen mit personenbezogenen Daten des Landes ein. Zentrale Datensammlungen erleichtern die missbräuchliche Verwendung der Daten.

Menschenwürde Antragstext:

Die PIRATEN Thüringen setzen sich für die Vereinfachung, die Achtung der Menschenwürde und der Privatsphäre beim Erhalt staatlicher Unterstützung ein.

Anträge in öffentlichen Gremien Antragstext:

Die PIRATEN Thüringen setzen sich dafür ein, dass alle Anträge und Beschlussvorlagen die in öffentlichen Gremien behandelt werden und die finanzielle Komponenten besitzen, vorab nachvollziehbar zu veröffentlichen sind. Diese Anträge sind grundsätzlich in öffentlichen Sitzungen zu behandeln. Die getroffene Beschlüsse sind zeitnah zu veröffentlichen. Eine Anonymisierung ist zur Wahrung der Privatsphäre von möglicherweise betroffenen Bürgern ist vorzunehmen.

Begründung

Positionspapiere ins Programm

PÄA.Breitband.1 : Breitband

beantragt durch: Reinhard Schneider

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Wir PIRATEN Thüringen setzen uns für eine flächendeckende, ungetaktete Breitbandinternetversorgung (min. 6 MBit/s) zu fairen Preisen ein.

Flächendeckend bedeutet, dass der Zugang an jedem Wohnort in Thüringen möglich sein muss. Niemand darf aufgrund seines Wohnsitzes benachteiligt werden. Eine laut Grundgesetz angestrebte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bedingt auch einen uneingeschränkten Internetzugang.

Ungetaktet bedeutet, dass der Zugang ohne Volumen- oder Zeitbegrenzung ermöglicht wird. Internetzugänge müssen grundsätzlich ungetaktet angeboten werden. Das Internet durchdringt zunehmend alle Lebensbereiche. Private Nutzer fragen Informationen, Unterhaltungsangebote und Einkaufsmöglichkeiten nach. Für Gewerbetreibende bestehen erhebliche wirtschaftliche Nachteile, wenn sie nicht über einen leistungsfähigen Internetzugang verfügen.

Zur Realisierung ist ein zügiger Ausbau/Überbau der Netze mit Glasfaser nötig, da nur Glasfaser die Möglichkeit bietet, jedem Endnutzer hohe Bandbreiten kontinuierlich zu liefern.

Da die privat organisierten Unternehmen bisher nicht in der Lage waren eine ausreichende Versorgung mit Breitbandinternet flächendeckend bereitzustellen, muss nun die öffentliche Hand noch stärker als bisher das eingetretene Marktversagen ausgleichen. Oberste Aufgabe muss es hier sein, Hochgeschwindigkeitsnetze durch die öffentliche Hand in Form von kommunalen Unternehmen/Zweckverbänden zu errichten. Anschließend muss das Netz allen ISPs als Open Access Modell zur Verfügung gestellt werden. Die Bereitstellung der Hochgeschwindigkeitsnetze muss zunächst in unerschlossenen Regionen zum tragen kommen, einer wachsenden digitalen Spaltung der Gesellschaft wird somit nachhaltig entgegengetreten.

Begründung

Noch immer gibt es in Thüringen Gegenden, die nur per ISDN und damit mit minütlichen Kosten und langsam ins Internet kommen. Da das Internet sowohl von Privat- als auch Geschäftsleuten intensiv genutzt wird/genutzt werden muss ist eine langsame Internetverbindung ein klarer Standortnachteil.

Im Rahmen des “Masterplans Breitband” beabsichtigt die Thüringer Landesregierung bis 2015 flächendeckend 2 MBit/s bereitzustellen. Angesichts der Tatsache, das erstens 2 MBit/s bereits heute nicht sooo viel sind und die Bundesregierung bis 2014 75% der Deutschen mit 50 MBit/s versorgt haben will ist dies ein schlechter Witz.

Lösung verspricht, die Anbieter per “Universaldienst” dazu zu verpflichten, an jedem Ort eine Mindestbandbreite von z.B. 6 MBit/s bereitzustellen. Wenn man dies noch “ungetaktet” verlangt fallen auch Funklösungen wie UMTS und LTE aus, die für den mobilen Einsatz eine Lösung sein können, als DSL-Ersatz in unversorgten Gebieten aber nicht geeignet sind. LTE deckt nur bereits mit Handyempfang versorgte Gebiete ab und schließt damit Ortschaften, die keinen Handyempfang haben, weiterhin aus vom Internetzugang.

Eine Versorgung durch kommunale Unternehmen/Stadtwerke ist hier auch eine Möglichkeit, da diese Unternehmen deutlich längerfristig kalkulieren als private Unternehmen.

PÄA.Splitting.1 : Kinderbasiertes Splitting

beantragt durch: Clemens Beckstein

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Momentan kommen nur verheiratete Ehepaare in den Genuss des sog. Ehegattensplittings, das ursprünglich zur Förderung von Familien mit Kindern gedacht war, in denen nur einer der Ehepartner ein Einkommen hatte und der andere sich ausschliesslich um das Unternehmen Familie kümmerte. Diese Form der Familienförderung ist nicht mehr zeitgemäß:

Die typische Familie mit Kindern wird heute nicht mehr von einem verschiedengeschlechtlichen Ehepaar organisiert und unterhalten, bei dem genau ein Partner das Geld verdient. Familiengebilde, bei denen ein Elternteil allein die Kinder erzieht oder ein gleichgeschlechtliches Paar gemeinsam Kinder aus einer heterosexuellen Vorbeziehung oder adoptierte Kinder erzieht,

sind heute genauso normal wie die tradierte Familie mit Kindern, für die das Splitting erfunden wurde.

Alleinerziehende oder gleichgeschlechtliche Kindererzieher aus eingetragenen Lebenspartnerschaften kommen aber im Gegensatz zu verheirateten Eltern nicht in den Genuss des Ehegattensplittings. Dafür profitieren Ehepaare von diesem Splitting selbst dann, wenn sie gar keine Kinder grossziehen — besonders stark, wenn sie beide verdienen (DINKs, double income no kids): sie selber leisten keinen (auch nicht finanziellen) Beitrag durch Kindererziehung zur Generationengerechtigkeit profitieren aber später von den Rentenbeiträgen, die die Kinder anderer für sie aufbringen werden.

Die Steuervorteile, wie sie momentan das Ehegattensplitting für verschiedengeschlechtliche Verheiratete darstellt, sollten daher zukünftig allen Familienvorständen gewährt werden — unabhängig davon, ob dieser Vorstand aus nur einer alleinerziehenden Person oder einem heterosexuell verheirateten oder homosexuellen Paar besteht — sobald der entsprechende Vorstand gemeinsam für ein erstes Kind aufkommen muss. Vorher sollten die Mitglieder des entsprechenden Vorstandes grundsätzlich (also auch wenn sie klassisch verheiratet sind) steuerlich so behandelt werden, wie das heute unverheiratete Eltern werden. Die Steuervergünstigung für die Mitglieder des Familienvorstandes soll enden, sobald sie jeweils keinem Kind mehr gegenüber prinzipiell unterhaltspflichtig sind.

Um den Widerstand gegenüber einer solchen Neuregelung zu mindern und um finanzielle Härten zu vermeiden, soll Paaren, die vor der Einführung dieser Neuregelung bereits verheiratet waren, Bestandsschutz gewährt werden (sie könnten ja einen Teil ihrer Lebensplanung im Vertrauen auf das Splitting ausgerichtet haben und durch eine nachträgliche Änderung in finanzielle Schwierigkeiten geraten).

Die vermutlich deutlichen Einsparungen die durch diese Neuregelung erzielt würden, sollten zur Kompensation von wirklich dringenden Defiziten im Bereich Familienförderung (Kindergeld, Wohngeld, Elterngeld...) und Bildung (Kitas, Schulen, Hochschulen,...) eingesetzt werden.

Begründung

s.O.

PÄA.Wahlrecht.2 : Aktives Wahlrecht ab 14 Jahre

beantragt durch: PeterGold

betrifft:

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Die Piraten Thüringen fordern eine vollständige Absenkung des Mindestalters bei Wahlen und Abstimmungen auf allen politischen Gliederungsebenen auf 14 Jahren. Art 38 II Grundgesetz und äquivalente Passagen in den Landesverfassungen sollen dahingehend geändert werden. Das aktive Wahlrecht soll ab 14 Jahren von jedem Bürger wahrgenommen werden können. Damit einhergehend dürfen ab 14 Jahren auch direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten in Anspruch genommen werden.

Begründung

Junge Menschen werden mit 14 Jahren strafmündig und uneingeschränkt religionsmündig. Mit dem Eintritt der Schuldfähigkeit verlangt der Gesetzgeber von jeder Person, die Werte und Gesetze unserer Gesellschaft zu beachten und nach ihnen zu handeln. Viele beginnen in dieser Zeit auch mit konkreten Überlegungen für die Berufswahl. Auf die Lebensumstände, die diese Überlegungen prägen, hat die Politik einen entscheidenden Einfluss. Es ist daher angemessen, die Altersgrenze für das aktive Wahlrecht auf den Beginn der Strafmündigkeit zu senken. Mit dem Beginn dieser Verantwortlichkeit sollte jedem auch das Recht zugestanden werden, zu entscheiden, welche politische Gruppierung einen in der Politik momentan am besten vertritt. Keine Pflichten ohne Rechte.

PÄA.Integration.1 : Integration Migration

beantragt durch: Cat
betrifft:

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der Landesparteitag möge folgenden Programmpunkt beschließen:

Integrations- und Migrationspolitik

Das Ziel von Integration ist das friedliche Zusammenwachsen zu einer Gemeinschaft, in der die demokratische, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen nicht von Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Lebensalter, religiöser Überzeugung, körperlichen und geistigen Fähigkeiten oder finanzieller Lage abhängt. Die Verantwortung für Gelingen oder Scheitern dieses Prozesses obliegt der Gesamtheit unserer Gesellschaft und damit jedem Einzelnen. Solidarität und Verständigung zwischen allen Menschen, unabhängig von ihrem rechtlichen Status und ihrer Herkunft, sind für uns ein hohes Gut. Rassismus jeder Art und andere Formen der Ausgrenzung lehnen wir ab.

Freizügigkeit

Die im Grundgesetz verankerte Freizügigkeit soll für alle Menschen in unserer Gesellschaft gelten. Jeder hat das Recht zur freien Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes, daher sprechen wir uns gegen Maßnahmen aus, die Migration verhindern.

Demokratische Beteiligung

Menschen sollen an Entscheidungen, von deren Folgen sie unmittelbar betroffen sind, und den vorbereitenden demokratischen Prozessen möglichst umfassend beteiligt werden. Deshalb haben alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Thüringen haben, das Recht auf umfassende demokratische Mitbestimmung auf allen Ebenen der städtischen Politik. Darüber hinaus ist die Möglichkeit des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit deutlich zu erleichtern. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland ist anzustreben.

So wird das Wahlrecht auch auf Landes- und Bundesebene ermöglicht.

Freier Zugang zu Bildung und Wissen

Der freie Zugang zu Informationen, Wissen und Bildung ist Grundlage für die Teilhabe jedes Einzelnen an unserer Gesellschaft. Dieser Zugang ist für alle Menschen, die in Thüringen ihren Lebensmittelpunkt haben, gleichermaßen zu gewährleisten. Hierfür sind eventuelle Hindernisse wie Ausbildungsverbote für Asylsuchende und der Status als geduldeter Flüchtlinge zu beseitigen. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine Schlüsselqualifikation für Austausch, Verständigung und demokratische Beteiligung. Mehrsprachigkeit ist jedoch ein zusätzlicher Gewinn für die Gesellschaft. Daher sind im Bildungssystem der Spracherwerb in der jeweiligen Erstsprache und in weiteren Sprachen zu fördern. Außerdem sind umfangreiche Möglichkeiten für einen mehrsprachigen Unterricht zu schaffen. In öffentlich finanzierten Einrichtungen sollte der kostenfreie Zugang zu traditionellen und neuen Medien gewährleistet werden. Dies gilt auch für die so genannten Erstaufnahmeeinrichtungen.

Zugang zum Arbeitsmarkt

Die Beteiligung am sozialen und kulturellen Leben steht und fällt mit der Möglichkeit, sich im Arbeits- und Wirtschaftsleben zu etablieren. Daher setzen wir uns für einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt ein. Dies schließt die Gewährung einer uneingeschränkten Arbeitserlaubnis für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge und die weiterreichende Anerkennung von Qualifikationsnachweisen aus dem Heimatland mit ein.

Begründung

PÄA.Programmstruktur.1: Programmstruktur

beantragt durch: Frank11

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Ich beantrage hiermit, das Programm der PIRATEN Thüringen auf nachfolgender Programmstruktur aufzubauen und weiter zu entwickeln:

Präambel

I. Demokratisches Thüringen

- 1.1 Mehr Demokratie
- 1.2 Bürgerrechte und Bürgerbeteiligung
- 1.3 Transparenz in Politik und Verwaltung

II. Wissensgesellschaft und Kultur

- 4.1 Internet und Digitale Gesellschaft

- 4.2 Privatsphäre und Datenschutz
- 4.3 Bildung, Wissenschaft und Forschung
- 4.4 Selbstverwirklichung und gesellschaftliche Teilhabe

III. Solidargemeinschaft

- 2.1 Kinder, Jugend und Familie
- 2.2 Arbeit und Soziales
- 2.3 Gesundheit und Suchtpolitik
- 2.4 Migration und Integration

IV. Lebenswerte Umwelt

- 3.1 Umweltpolitik, Natur- und Tierschutz
- 3.2 Energiepolitik
- 3.3 Verkehr, Infrastruktur und Bauen

V. “Frei-Staat” Thüringen

- 5.1 Wirtschaft und Finanzen
- 5.2 Innenpolitik, Recht und Sicherheit
- 5.3 Außenpolitik, Krieg und Frieden
- 5.4 Staat und Religion

Bisherige Leitlinien und Programmteile werden, soweit möglich, in diese Struktur eingeordnet. Struktur und Kapitelbezeichnungen sind offen und können im Verlauf der weiteren Programmentwicklung angepaßt werden. Wenn nötig, kann die Struktur um zusätzliche Kapitel und Leitlinien erweitert werden.

Begründung

Oben genannte Programmstruktur basiert auf den Ergebnissen eines Arbeitstreffens zum Thüringer Programm in Jena, die in folgendem Pad nachgelesen werden können: <http://thueringen.piratenpad.de/AG-Programm-Programmstruktur> Darüber hinaus sind Hinweise von Bernd und Piet und die Diskussion auf der TH ML mit eingearbeitet worden.

Die vorgeschlagene Struktur bringt das Programm in eine übersichtliche und schlüssige Form mit entsprechenden Hauptkapiteln und Leitlinienblöcken. Interessierte und nicht zuletzt unsere Wähler können durch diese Inhaltsübersicht sowohl in der virtuellen als auch in der gedruckten Form des Programms schnell nachschlagen und zu entsprechenden Programmpunkten gelangen. Die bisherigen Leitlinien sind eine eher unübersichtliche Ansammlung von Programmpositionen, die so in eine systematische Form gebracht werden. Die Hauptkapitel erleichtern das zukünftige Einordnen weiterer Programmpositionen, ohne die Struktur des

Programms zu zerstören und jedesmal wieder von vorn anzufangen. Zusätzliche Leitlinienblöcke können jederzeit hinzugefügt werden, da die Struktur nicht geschlossen ist.

Die Struktur “ermuntert” zudem dazu, bisher eher unterbesetzte, aber wichtige Themen im Verlauf der weiteren Programmentwicklung mit Inhalt zu füllen.

PÄA.Uni.2 : Uni Hochschule 2

beantragt durch: Cat

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der bis jetzt vorhandene Programmpunkt “Universität und Hochschule” soll durch folgenden Abschnitt ersetzt und ergänzt werden:

“Hochschulautonomie

Die PIRATEN Thüringen setzen sich für die Bewahrung der Hochschulautonomie ein. Nur mit dieser Autonomie ist die Freiheit in Forschung und Lehre und die damit verbundene Vielfalt der Thüringer Hochschullandschaft möglich. Der zunehmende Einfluss von Bildungs-, Wirtschaftsförderungs- und Finanzpolitik auf die Universitäten zeigt, dass insbesondere eine Unterfinanzierung der Hochschulen ihrer Autonomie entgegenstehen. Um zunehmende Kontrolle und Abhängigkeit zu vermeiden, setzen wir uns für eine bessere Finanzierung der Hochschulen ein. Wir lehnen sowohl Studiengebühren als auch versteckte Gebühren über Verwaltungskostenbeiträge ab. Förderung durch Dritte soll eine Ergänzung, nicht aber der Regelfall werden.”

Begründung

Programmpunkt ist bis jetzt noch zu unkonkret

PÄA.Uni.4 : Uni Hochschule 4

beantragt durch: Cat

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der bis jetzt vorhandene Programmpunkt “Universität und Hochschule” soll durch folgenden Abschnitt ersetzt und ergänzt werden:

“Gleichberechtigung

Hochschulen sollen familienfreundlicher gestaltet werden. Dies betrifft sowohl die Arbeit in Forschung, Lehre und Verwaltung als auch das Studium. Ein Studium und auch eine akademische Karriere muss parallel zur Kindererziehung möglich sein. Die PIRATEN Thüringen fordert

hierzu ein verstärktes Angebot von Teilzeitstellen - gerade auch für Professoren, Doktoranden und den wissenschaftlichen Nachwuchs. Parallel dazu muss die Kinderbetreuung an Hochschulen ausgebaut werden, so dass für alle Kinder von Studierenden oder Angestellten der Universität Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Um Studierenden mit Kindern das Besuchen von Lehrveranstaltungen zu ermöglichen, die außerhalb der normalen Betreuungszeiten in Kindereinrichtungen liegen, sollen spezielle Kindereinrichtungen für Studierende angeboten werden, die die Kinder in solche Fällen betreuen. Die Quote weiblicher Studenten und Beschäftigten nimmt zwar im Wissenschaftsbereich stetig zu, dennoch besetzen sie eher prekäre und niedriger bezahlte Stellen. Quotenregelungen sind zumeist ein Versuch, ein grundsätzlicheres Problem zu kaschieren und stehen so einer Lösung oftmals im Weg. Es könnten vielmehr andere Rahmenbedingungen zu größerem Interesse bei Absolventinnen führen. Beispielsweise sind die zeitlich stark befristeten Verträge stehen der Familienplanung stark entgegen und wirken so stark abschreckend. Behinderte und chronisch kranke Menschen sind im Studium und in der akademischen Arbeitswelt deutlich unterrepräsentiert. Sie sind darüber hinaus sehr häufig mit dem Problem fehlender Kostenträger für ihren behinderungsbedingten Mehrbedarf nach dem ersten berufsqualifizierenden Abschluss konfrontiert. Für derartige Mehrbedarfe sollen finanzielle Mittel unbürokratisch bereit gestellt werden, um eine wirkliche Chancengleichheit zu erreichen."

Begründung

Programmpunkt ist bis jetzt noch zu unkonkret

PÄA.Uni.6 : Uni Hochschule 6

beantragt durch: Cat

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der bis jetzt vorhandene Programmpunkt "Universität und Hochschule" soll durch folgenden Abschnitt ersetzt und ergänzt werden:

"Datenschutz

Datenschutz darf auch an den Hochschulen auf allen Ebenen und Abteilungen kein Fremdwort sein! Praktischer Datenschutz fängt mit Aufklärung an. Teilweise werden in Rundmails E-Mailadressen aller Adressaten einfach in die Addresszeile eingefügt. Dies erspart dem Absender, verschafft aber jedem Empfänger direkten Zugriff auf diese Daten. Wir setzen uns dafür ein, dass an den einzelnen Hochschulen ein komplettes Datenschutzkonzept ausgearbeitet und umgesetzt wird. Die PIRATEN Thüringen erwarten, dass die Hochschulen und das Land Thüringen nur für ihre Arbeit relevante Daten über die Hochschulmitarbeiter erhebt und diese durch ein durchdachtes Konzept geschützt sind. Auch elektronische Karten, RFID-Chips zur Bücherausleihe und weitere Systeme, in denen persönliche Daten erhoben und verarbeitet werden, müssen in dieses Konzept aufgenommen werden. Unsichere RFID-Systeme und elektronische Karten, welche ein Sicherheitsrisiko und die Offenlegung persönlicher Daten der Nutzer umfasst, sind abzulehnen."

Begründung

Programmpunkt ist bis jetzt noch zu unkonkret

**PÄA.Behördenstruktur.1 : Behördenstrukturen, Abschaffung
Landesverwaltungsamt**

beantragt durch: Mario Pohle

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Ich beantrage in die Leitlinien zur Landespolitik an geeigneter Stelle einen noch weiter zu füllenden Passus „Behördenstrukturen“ einzufügen.

Die Aufgabe der Behörden soll sich auf die effiziente Umsetzung der geschaffenen Gesetze erstrecken.

In einem kleinen Bundesland, wie unserem Land Thüringen, muss die Existenz eines Landesverwaltungsamtes auf den Prüfstand gestellt werden. Wir haben keine Regierungsbezirke, sondern nur das Land und die Landkreise. Die Aufgaben des Landesverwaltungsamt sollen auf die betreffenden Ministerien, den Landesrechnungshof und die Landkreise verteilt werden. Die Landkreise sollen für diese Mehrbelastung einen finanziellen Ausgleich vom Land erhalten.

Begründung

Thüringen weist pro Kopf der Bevölkerung höhere Personalausgaben bei den Landesbehörden auf als es dem Durchschnitt der anderen deutschen Bundesländer entspricht. Die Einsparungen bei den Personalkosten sind nur eine Seite der Medaille. Weiterhin „verbraucht“ jeder Verwaltungsvorgang, womit sich die Beamten und Angestellten im Landesverwaltungsamt beschäftigen, auch Ressourcen auf der anderen Seite, wo sich Menschen mit diesen bürokratischen Gegebenheiten beschäftigen müssen.

Weiterhin geht von dem ehemaligen Gau – Forum, worin bereits die Nazis eine regionale Hauptverwaltung, nämlich die des Gau – Thüringen, oder wie immer die richtige Bezeichnung gewesen sein mag, unterhielten, eine ganz bestimmte negative Energie aus.

Das mit der „negativem Energie“ ist jedoch nur mein subjektives Empfinden. Ich hatte öfters als „Gast“ in dieser Behörde zu tun. Bei unserem Einfluss welchen wir auf die Abschaffung und Verteilung der Aufgaben ausüben können sollten wir uns von dem Gedanken leiten lassen das ein kleines Bundesland ohne Regierungsbezirke keine mittlere Verwaltungsbehörde braucht. Die Zuständigkeiten können wie im Antrag formuliert verteilt werden.

Viele Grüße, Mario Pohle

PÄA.Uni.7 : Uni Hochschule 7

beantragt durch: Cat

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der bis jetzt vorhandene Programmpunkt “Universität und Hochschule” soll durch folgenden Abschnitt ersetzt und ergänzt werden:

“Open Source für die Hochschule

In vielen Fächern wird der Gebrauch von kommerzieller Software vorausgesetzt. Die Lizenzkosten werden zum Teil von Hochschulen, zum Teil von den Studenten getragen. Die Möglichkeit, ohne Mehrkosten am Heimrechner die gleichen Programme zu nutzen, fehlt oft völlig. Finanzielle Belastungen von Studenten und Hochschulen können wir angesichts der Freien und Open Source Alternativen nicht nachvollziehen. Hochschulen sollen deshalb offene Formate, die sich bereits in der internationalen Wissenschaft etabliert haben (z.B. LaTeX), fördern und selbst einsetzen.”

Begründung

Programmpunkt ist bis jetzt noch zu unkonkret

PÄA.Uni.9 : Uni Hochschule 9

beantragt durch: Cat

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der bis jetzt vorhandene Programmpunkt “Universität und Hochschule” soll durch folgenden Abschnitt ersetzt und ergänzt werden:

“IT-Vereinheitlichung vorantreiben

Häufig werden an einzelnen Hochschulen viele parallele Systeme verwendet, etwa für die Einschreibung, für das Abrufen von Prüfungsleistungen oder für E-Learning. Diese sind teilweise von Fakultät zu Fakultät unterschiedlich und im schlechtesten Fall inkompatibel zueinander. Daher ist es notwendig eine thüringweite zentrale Infrastruktur aufzubauen, statt zahlreicher konkurrierender Systeme. Den Studenten muss ein Zentrales Login für alle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, dadurch entfällt ein mehrmaliges Anmelden in verschiedenen Systemen. Durch eine vereinheitlichte IT-Struktur wäre es auch einfacher für die Studenten möglich, Kurse an anderen Universitäten zu belegen und sich diese anerkennen zu lassen.”

Begründung

Programmpunkt ist bis jetzt noch zu unkonkret

PÄA.Uni.Gesamt : Uni Hochschule gesamt*beantragt durch: Cat**betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm*☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung**Antragstext**

Der bis jetzt vorhandene Programmpunkt "Universität und Hochschule" soll durch folgenden Abschnitt ersetzt und ergänzt werden:

Präambel

Thüringen ist Wissenschaftsstandort. Die verschiedenen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind Orte der geistigen Begegnung und Impulsgeber für Thüringen. Davon profitiert auch die Wirtschaft: durch Anregungen aus Wissenschaft und Forschung können gemeinsame Innovationen in Markterfolge übersetzt werden. Damit dies weiter so bleibt, muss eine engere Vernetzung der verschiedenen Hochschulstandorte innerhalb und außerhalb Thüringens und auch weltweit weiter vorangetrieben werden. Die PIRATEN Thüringen stehen für einen gleichen, freien und unentgeltlichen Zugang zu allen öffentlichen Hochschuleinrichtungen ein.

Hochschulautonomie

Die PIRATEN Thüringen setzen sich für die Bewahrung der Hochschulautonomie ein. Nur mit dieser Autonomie ist die Freiheit in Forschung und Lehre und die damit verbundene Vielfalt der Thüringer Hochschullandschaft möglich. Der zunehmende Einfluss von Bildungs-, Wirtschaftsförderungs- und Finanzpolitik auf die Universitäten zeigt, dass insbesondere eine Unterfinanzierung der Hochschulen ihrer Autonomie entgegenstehen. Um zunehmende Kontrolle und Abhängigkeit zu vermeiden, setzen wir uns für eine bessere Finanzierung der Hochschulen ein. Wir lehnen sowohl Studiengebühren als auch versteckte Gebühren über Verwaltungskostenbeiträge ab. Förderung durch Dritte soll eine Ergänzung, nicht aber der Regelfall werden.

Mitbestimmung innerhalb der Hochschule

Die Kommunikation mit den studentischen Gremien ist sehr wichtig, um zu erfahren, welche Wünsche und Nöte die Studierendenschaft hat. Hierzu bedarf es in allererster Linie einer verbesserten Wahrnehmung, Kommunikation und Einbeziehung der studentischen Gremien an allen Fakultäten sowie der Hochschulen selbst. Die studentischen Gremien und ihre Anliegen müssen ernster genommen und ihren Belangen hinreichend Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir setzen uns für eine ausgewogene und faire Mitbestimmung aller an den Hochschulen vertretenen Gruppen ein. Bei der Neuakkreditierung von Studiengängen ist es vor allem auch wichtig, auf die Erfahrungen der Studierendenschaft zurückzugreifen und diesen hier ebenfalls ein Stimmrecht einzuräumen. Ferner wird die Zusammensetzung der Gremien durch das Hochschulrahmengesetz und indirekt durch das Grundgesetz geregelt. Das höchstichterliche Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1973 gilt es hierbei zu beachten. In diesem wird festgestellt, dass eine Mehrheit der Professoren in entscheidenden Gremien durch das Grundgesetz gefordert wird, um die Freiheit in Forschung und Lehre zu garantieren. Aus

diesem Grunde ist es wichtig, die aktuell in Thüringen existierenden Hochschulräte in der Mehrheit (mind. 60%) mit hochschulinternen Mitgliedern zu besetzen. Außerdem müssen studentische Mitglieder des Gremiums auch ein Stimmrecht zugeteilt bekommen. Des weiteren müssen alle Hochschulräte transparent über ihre Sitzungen und Entscheidungen berichten. Dies ist zur Zeit leider noch nicht der Fall.

Gleichberechtigung

Hochschulen sollen familienfreundlicher gestaltet werden. Dies betrifft sowohl die Arbeit in Forschung, Lehre und Verwaltung als auch das Studium. Ein Studium und auch eine akademische Karriere muss parallel zur Kindererziehung möglich sein. Die PIRATEN Thüringen fordert hierzu ein verstärktes Angebot von Teilzeitstellen - gerade auch für Professoren, Doktoranden und den wissenschaftlichen Nachwuchs. Parallel dazu muss die Kinderbetreuung an Hochschulen ausgebaut werden, so dass für alle Kinder von Studierenden oder Angestellten der Universität Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Um Studierenden mit Kindern das Besuchen von Lehrveranstaltungen zu ermöglichen, die außerhalb der normalen Betreuungszeiten in Kindereinrichtungen liegen, sollen spezielle Kindereinrichtungen für Studierende angeboten werden, die die Kinder in solche Fällen betreuen. Die Quote weiblicher Studenten und Beschäftigten nimmt zwar im Wissenschaftsbereich stetig zu, dennoch besetzen sie eher prekäre und niedriger bezahlte Stellen. Quotenregelungen sind zumeist ein Versuch, ein grundsätzlicheres Problem zu kaschieren und stehen so einer Lösung oftmals im Weg. Es könnten vielmehr andere Rahmenbedingungen zu größerem Interesse bei Absolventinnen führen. Beispielsweise sind die zeitlich stark befristeten Verträge stehen der Familienplanung stark entgegen und wirken so stark abschreckend. Behinderte und chronisch kranke Menschen sind im Studium und in der akademischen Arbeitswelt deutlich unterrepräsentiert. Sie sind darüber hinaus sehr häufig mit dem Problem fehlender Kostenträger für ihren behinderungsbedingten Mehrbedarf nach dem ersten berufsqualifizierenden Abschluss konfrontiert. Für derartige Mehrbedarfe sollen finanzielle Mittel unbürokratisch bereit gestellt werden, um eine wirkliche Chancengleichheit zu erreichen.

Wissenschaftlichen Nachwuchs fördern

Ansätze zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses werden leider oft als Einladung zum Sparen aufgefasst. Dem wissenschaftlichen Mittelbau muss eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen beispielsweise durch längere und anpassungsfähigere Vertragslaufzeiten sowie flexible Arbeitsvertragsgestaltungen ermöglicht werden. Des Weiteren müssen die Hochschulen unabhängige Angebote zur Beratung und Weiterbildung zur Karriereplanung anbieten. Juniorprofessur sowie die geplante Lehrjuniorprofessur sind in der derzeitigen Form äußerst problematisch. Insbesondere müssen die Zukunftsaussichten der Juniorprofessoren verbessert werden. Die Einführung eine „Tenure Track“ nach US-amerikanischem Vorbild mit der Weiterbeschäftigung als Professor nach Ablauf der Juniorprofessur als Regelfall wäre ein Ansatz. Bestehende Lehraufträge an Hochschulen sollen angemessener als bisher vergütet und befristete in unbefristete Arbeitsverträge umwandelt werden.

Datenschutz

Datenschutz darf auch an den Hochschulen auf allen Ebenen und Abteilungen kein Fremd-

wort sein! Praktischer Datenschutz fängt mit Aufklärung an. Teilweise werden in Rundmails E-Mailadressen aller Adressaten einfach in die Addresszeile eingefügt. Dies erspart dem Absender, verschafft aber jedem Empfänger direkten Zugriff auf diese Daten. Wir setzen uns dafür ein, dass an den einzelnen Hochschulen ein komplettes Datenschutzkonzept ausgearbeitet und umgesetzt wird. Die PIRATEN Thüringen erwarten, dass die Hochschulen und das Land Thüringen nur für ihre Arbeit relevante Daten über die Hochschulmitarbeiter erhebt und diese durch ein durchdachtes Konzept geschützt sind. Auch elektronische Karten, RFID-Chips zur Bücherausleihe und weitere Systeme, in denen persönliche Daten erhoben und verarbeitet werden, müssen in dieses Konzept aufgenommen werden. Unsichere RFID-Systeme und elektronische Karten, welche ein Sicherheitsrisiko und die Offenlegung persönlicher Daten der Nutzer umfasst, sind abzulehnen.

Open Source für die Hochschule

In vielen Fächern wird der Gebrauch von kommerzieller Software vorausgesetzt. Die Lizenzkosten werden zum Teil von Hochschulen, zum Teil von den Studenten getragen. Die Möglichkeit, ohne Mehrkosten am Heimrechner die gleichen Programme zu nutzen, fehlt oft völlig. Finanzielle Belastungen von Studenten und Hochschulen können wir angesichts der Freien und Open Source Alternativen nicht nachvollziehen. Hochschulen sollen deshalb offene Formate, die sich bereits in der internationalen Wissenschaft etabliert haben (z.B. LaTeX), fördern und selbst einsetzen.

Förderung von E-Learning und Aufzeichnung, sowie Onlinestellen der Vorlesungen

Schon seit einigen Jahren bieten manche Professoren ihre Vorlesungen im Internet als “E-Lectures” an. So können Studenten bequem von überall die Vorlesungen anschauen und wiederholen. Die notwendige Technik ist in vielen Hörsälen bereits vorhanden, wird aber leider nicht genutzt. Das Land Thüringen kann hierzu einen wertvollen Beitrag leisten, indem es Serverkapazität und Datenbanken für die aufgenommenen Vorlesungen bereitstellt.

IT-Vereinheitlichung vorantreiben

Häufig werden an einzelnen Hochschulen viele parallele Systeme verwendet, etwa für die Einschreibung, für das Abrufen von Prüfungsleistungen oder für E-Learning. Diese sind teilweise von Fakultät zu Fakultät unterschiedlich und im schlechtesten Fall inkompatibel zueinander. Daher ist es notwendig eine thüringweite zentrale Infrastruktur aufzubauen, statt zahlreicher konkurrierender Systeme. Den Studenten muss ein Zentrales Login für alle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, dadurch entfällt ein mehrmaliges Anmelden in verschiedenen Systemen. Durch eine vereinheitlichte IT-Struktur wäre es auch einfacher für die Studenten möglich, Kurse an anderen Universitäten zu belegen und sich diese anerkennen zu lassen.

Bachelor-/Mastersystem verbessern

Auch mehrere Jahre nach Einführung des neuen Bachelor-/Mastersystems gibt es dort noch viele Baustellen. Das System wurde unter anderem eingeführt, um Hochschulabschlüsse europaweit besser vergleichen zu können und einen Hochschulwechsel zu erleichtern. Diese Ziele

wurden noch nicht erreicht. Selbst innerhalb Deutschlands werden Studienleistungen und Abschlüsse von anderen Hochschulen vereinzelt nicht anerkannt. Thüringen soll sich für landes- und bundesweit vergleichbare Abschlüsse am Beispiel des Diploms und Staatsexamens orientiert.

Begründung

Programmpunkt ist bis jetzt noch zu unkonkret

PÄA.Beteiligung.1 : Bürgerbeteiligung-AG-Programm

beantragt durch: Simon

betrifft: Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Dieser Antrag soll in das Programm aufgenommen werden im Abschnitt "Demokratie" des Kapitels "Gesellschaft"

Demokratie & Bürgerbeteiligung

Die Idee der Demokratie ist es, die individuellen Meinungen der Bürger abzubilden. In konstruktiven Diskursen sollen dadurch Gesetze entstehen, die eine freie Entfaltung des Einzelnen und ein faires Miteinander aller Teile der Gesellschaft gleichberechtigt ermöglichen. Die gegenwärtige Form der repräsentativen Demokratie stößt dabei an ihre Grenzen.

Viele Entscheidungen wurden ohne Berücksichtigung des Bürgerwillens getroffen. Die Beteiligung der Bürger soll durch neue Wege der Demokratie vereinfacht und damit die Bürgernähe der Parlamente sowie der Verwaltungen gestärkt werden.

Vereinfachung der Verfahren für basisdemokratische Initiativen

Bei bestehenden Bürgerbeteiligungsverfahren (Bürgerantrag, Volksbegehren, Volksentscheid) sind die Hürden für den Erfolg sehr hoch und die Verfahren unübersichtlich. Die PIRATEN Thüringen wollen deshalb bestehende Bürgerbeteiligungsverfahren kritisch prüfen und gegebenenfalls korrigieren.

Die Form der unterschiedlichen Verfahren soll vereinheitlicht und damit vereinfacht werden. Verbote von Bürgerbeteiligungsverfahren etwa den Landshaushalt, Bezüge oder Abgaben betreffend („Finanztabu“) sind aufzuheben. Unterschriftensammlungen sollen auf verschiedensten Wegen ermöglicht werden.

Stärkung, Weiterentwicklung bzw. Einführung der Bürgerbeteiligungshaushalte

Die Bürgerbeteiligungshaushalte sind eine Möglichkeit der Bürger, ihr unmittelbares Lebensumfeld direkt zu gestalten. Bisher erreichen die Methoden der Bürgerbeteiligungshaushalte nur wenige Bürger, außerdem sind sie nicht ausreichend in bestehende politische Strukturen

integriert. Diese Probleme müssen gelöst werden, um bürgernahe kommunale Politik zu ermöglichen.

Einführung von E-Petitionen auf allen Verwaltungsebenen

Neue Technologien eröffnen vielfältige Formen der direkten Bürgerbeteiligung. In Thüringen wird die Chance einer unkomplizierten und direkten Bürgerbeteiligung durch E-Petitionen jedoch bisher nicht genutzt. Wir fordern eine schnellstmögliche Einführung dieser Form der demokratischen Einflussnahme. Bürgerbeteiligungsverfahren bei großen öffentlichen Bauvorhaben

Die Lebenswelt eines jeden Bürgers wird durch große öffentliche Bauvorhaben direkt beeinflusst. Die PIRATEN Thüringen fordern deswegen Bürgerbeteiligungsverfahren bei allen großen öffentlichen Bauvorhaben.

Neue Form der Demokratie

Die PIRATEN Thüringen sehen in dem Ansatz der Liquid Democracy (flüssigen Demokratie) einen erfolgsversprechenden Ansatz, die Vorteile der repräsentativen und direkten Demokratie zu vereinen. Den Bürgern wird damit die Möglichkeit gegeben, über ihr Stimmrecht frei zu entscheiden. Jederzeit kann somit an Entscheidungsprozessen selbst partizipiert (direkte Demokratie) oder die Stimme delegiert (repräsentative Demokratie) werden. Dieser Übergang ist fortwährend möglich und nicht an Legislaturen gebunden.

Begründung

Ausarbeitung auf einem RL-Treffen der AG Programm

PÄA.StreichungBuPräsi.1 : StreichungDesBundespräsidentAbsatzes

beantragt durch: JesterJookerie

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Hiermit beantrage ich beim Landesparteitag die Streichung des Unterpunktes "Bundespräsident" aus dem Punkt "Staatliche Strukturen" des Parteiprogramms der PIRATEN Thüringen.

Begründung

Zum Landesparteitag 2011.2 haben wir beschlossen, dass wir zukünftig keine Unterscheidung von Grundsatz- & Wahlprogramm treffen wollen. Dementsprechend wird unser gesamtes Grundsatzprogramm das Heft sein, das wir bei der kommenden Landtagswahl an unsere potenziellen Wähler verteilen - und zwar als ein direktes Aktionsversprechen an all die Wähler, die uns dann tatsächlich in den Thüringer Landtag wählen. Ein solches Dokument sollte damit auch nur die Punkte enthalten, die die Landesebene betreffen und die wir von dort auch tatsächlich gestalten können. Alles andere wäre ein leeres Versprechen und schafft bei der Bundestagswahl zusätzlich eine Unsicherheit, auf was unsere Wähler vertrauen können,

wenn wir uns im Bundeswahlprogramm & im Landeswahlprogramm zu Bundesthemen unterschiedlich positionieren. Die Lösung ist einfach: Aussagen zu Bundesthemen werden zukünftig ausschließlich im Bundeswahlprogramm festgeschrieben.

Als Gegenargument wird häufig angeführt, dass man mit der Themeninitiative aus einzelnen Landesverbänden heraus einen wichtigen Impuls für die Entwicklung des Bundesverbands setzen kann. "Schon 4 Landesverbände haben Punkt x beschlossen, also sollten wir das auch im Bund aufnehmen." Das ist tatsächlich sinnvoll & kann in Form von Positionspapieren natürlich auch weiterhin getan werden. Diese Lösung entspricht dann exakt dem eigentlich Sinn von Positionspapieren - es formuliert die Position eines Teilnehmers - in dem Fall eines LVs - in einer noch laufenden Debatte.

Als konkretes Ergebnis davon beantrage ich die Streichung aller Absätze des Thüringer Grundsatzprogramms, bei denen ich keine Landesverantwortlichkeit erkennen kann. Die Anträge sprechen sich deshalb nicht gegen den Inhalt aller dieser Punkte aus. Einige von ihnen sollten sicherlich bei nächster Möglichkeit im Bundesprogramm festgeschrieben werden. Außerdem erhebe ich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich hatte leider nicht genügend Zeit das gesamte Programm detailliert auf seinen Landesbezug zu prüfen. Wer der Meinung ist, dass weitere Absätze gestrichen werden sollten, kann sich gerne bei mir melden. (oder den dementsprechenden Antrag einfach selbst stellen :-))

PÄA.StreichungKommGeheimnis.1 : StreichungDesKommunikationsgeheimnisAbsatzes

beantragt durch: JesterJookerie

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Hiermit beantrage ich beim Landesparteitag die Streichung des Unterpunktes "Erweiterung des Briefgeheimnisses zu einem generellen Kommunikationsgeheimnis" aus dem Punkt "Daten- und Informationsfreiheit" des Parteiprogramms der PIRATEN Thüringen.

Begründung

Zum Landesparteitag 2011.2 haben wir beschlossen, dass wir zukünftig keine Unterscheidung von Grundsatz- & Wahlprogramm treffen wollen. Dementsprechend wird unser gesamtes Grundsatzprogramm das Heft sein, dass wir bei der kommenden Landtagswahl an unsere potenziellen Wähler verteilen - und zwar als ein direktes Aktionsversprechen an all die Wähler, die uns dann tatsächlich in den Thüringer Landtag wählen. Ein solches Dokument sollte damit auch nur die Punkte enthalten, die die Landesebene betreffen und die wir von dort auch tatsächlich gestalten können. Alles andere wäre ein leeres Versprechen und schafft bei der Bundestagswahl zusätzlich eine Unsicherheit, auf was unsere Wähler vertrauen können, wenn wir uns im Bundeswahlprogramm & im Landeswahlprogramm zu Bundesthemen unterschiedlich positionieren. Die Lösung ist einfach: Aussagen zu Bundesthemen werden zukünftig ausschließlich im Bundeswahlprogramm festgeschrieben.

Als Gegenargument wird häufig angeführt, dass man mit der Themeninitiative aus einzelnen Landesverbänden heraus einen wichtigen Impuls für die Entwicklung des Bundesverbands setzen kann. "Schon 4 Landesverbände haben Punkt x beschlossen, also sollten wir das auch im Bund aufnehmen." Das ist tatsächlich sinnvoll & kann in Form von Positionspapieren natürlich auch weiterhin getan werden. Diese Lösung entspricht dann exakt dem eigentlich Sinn von Positionspapieren - es formuliert die Position eines Teilnehmers - in dem Fall eines LVs - in einer noch laufenden Debatte.

Als konkretes Ergebnis davon beantrage ich die Streichung aller Absätze des Thüringer Grundsatzprogramms, bei denen ich keine Landesverantwortlichkeit erkennen kann. Die Anträge sprechen sich deshalb nicht gegen den Inhalt aller dieser Punkte aus. Einige von ihnen sollten sicherlich bei nächster Möglichkeit im Bundesprogramm festgeschrieben werden. Außerdem erhebe ich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich hatte leider nicht genügend Zeit das gesamte Programm detailliert auf seinen Landesbezug zu prüfen. Wer der Meinung ist, dass weitere Absätze gestrichen werden sollten, kann sich gerne bei mir melden. (oder den dementsprechenden Antrag einfach selbst stellen :-))

PÄA.StreichungBuPräsi.1 : StreichungDesBundespräsidentAbsatzes

beantragt durch: JesterJookerie

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Hiermit beantrage ich beim Landesparteitag die Streichung des Unterpunktes "Bundespräsident" aus dem Punkt "Staatliche Strukturen" des Parteiprogramms der PIRATEN Thüringen.

Begründung

Zum Landesparteitag 2011.2 haben wir beschlossen, dass wir zukünftig keine Unterscheidung von Grundsatz- & Wahlprogramm treffen wollen. Dementsprechend wird unser gesamtes Grundsatzprogramm das Heft sein, das wir bei der kommenden Landtagswahl an unsere potenziellen Wähler verteilen - und zwar als ein direktes Aktionsversprechen an all die Wähler, die uns dann tatsächlich in den Thüringer Landtag wählen. Ein solches Dokument sollte damit auch nur die Punkte enthalten, die die Landesebene betreffen und die wir von dort auch tatsächlich gestalten können. Alles andere wäre ein leeres Versprechen und schafft bei der Bundestagswahl zusätzlich eine Unsicherheit, auf was unsere Wähler vertrauen können, wenn wir uns im Bundeswahlprogramm & im Landeswahlprogramm zu Bundesthemen unterschiedlich positionieren. Die Lösung ist einfach: Aussagen zu Bundesthemen werden zukünftig ausschließlich im Bundeswahlprogramm festgeschrieben.

Als Gegenargument wird häufig angeführt, dass man mit der Themeninitiative aus einzelnen Landesverbänden heraus einen wichtigen Impuls für die Entwicklung des Bundesverbands setzen kann. "Schon 4 Landesverbände haben Punkt x beschlossen, also sollten wir das auch im Bund aufnehmen." Das ist tatsächlich sinnvoll & kann in Form von Positionspapieren natürlich auch weiterhin getan werden. Diese Lösung entspricht dann exakt dem eigentlich Sinn von Positionspapieren - es formuliert die Position eines Teilnehmers - in dem Fall eines

LVs - in einer noch laufenden Debatte.

Als konkretes Ergebnis davon beantrage ich die Streichung aller Absätze des Thüringer Grundsatzzprogramms, bei denen ich keine Landesverantwortlichkeit erkennen kann. Die Anträge sprechen sich deshalb nicht gegen den Inhalt aller dieser Punkte aus. Einige von ihnen sollten sicherlich bei nächster Möglichkeit im Bundesprogramm festgeschrieben werden. Außerdem erhebe ich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich hatte leider nicht genügend Zeit das gesamte Programm detailliert auf seinen Landesbezug zu prüfen. Wer der Meinung ist, dass weitere Absätze gestrichen werden sollten, kann sich gerne bei mir melden. (oder den dementsprechenden Antrag einfach selbst stellen :-))

PÄA.Waffen.1 : Ergänzung Pazifismus um geächtete Waffen

beantragt durch: Matthias Kachel (MKA) ☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung
betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

Antragstext

Ich beantrage die Ergänzung des Programmpunktes "Pazifismus" um folgenden Text : 'Die PIRATEN Thüringen setzen sich für ein Verbot von Forschung, Entwicklung, Erprobung und Einsatz atomarer, biologischer, chemischer und unbemannter autonomer Waffensysteme (z.B. unbemannte Drohnen sowie Kampf- und Erkundungsroboter) ein. Die PIRATEN Thüringen werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf thüringer, deutscher, europäischer und weltweiter Ebene auf dieses Ziel hinarbeiten.'

Begründung

Das Verbot dieser Waffensysteme ist hilfreich, wenn man pazifistisch leben will.

PÄA.StreichungPazifismus.2 : Alternativ zu Streichung des Pazifismus-Absatzes aus dem Programm

beantragt durch: Matthias Kachel (MKA) ☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung
betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

Antragstext

Hiermit beantrage ich beim Landesparteitag die Streichung des Punktes "Pazifismus" aus dem Parteiprogramm der PIRATEN Thüringen, sobald ein Positionspapier beschlossen wurde, dass in der Aussage des Programmpunktes übereinstimmt.

Begründung

Antrag ist Alternative zu https://wiki.piraten-thueringen.de/TH:Landesparteitag_2012.1/Antragsfabrik/StreichungDesPazifismusabsatzes , stellt aber sicher, dass der zu streichende Programmpunkt inhaltlich tatsächlich in ein Positionspapier mündet.

PÄA.PosiPapiere.1 : Sammelantrag Umwelt

beantragt durch: Bernd

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Sammelantrag angenommene Positionspapiere 2011.2

Folgende bereits abgestimmte und angenommene Positionspapiere sollen Bestandteil des Programms werden. Sie sind jeweils in den passenden Abschnitt des Programms eingebaut werden. Die Formulierung wurde angepasst, so dass es als Programmpunkt wiedergegeben werden kann. Zur Verbesserung der Lesbarkeit des Programms können Formulierungen und Bezüge in den Antragstexten, wie "Piraten Thüringen" durch "Wir" odgl. ersetzt und die Formulierung entsprechend angepasst werden .

Förderung dezentraler Energieanlagen

"Förderung dezentraler Energieversorgung/Netzstrukturen", "Energiepolitik"

Die PIRATEN Thüringen sprechen sich für einen verstärkten Ausbau der Mittelspannungsebene der Stromversorgungsinfrastruktur aus.

Antragstext:

Die PIRATEN Thüringen sprechen sich für die Förderung dezentraler Energieanlagen, besonders im Bereich der generativen und regenerativen Energien aus. Regenerative Energien sollen dabei besonders im landwirtschaftlichen Biomassebereich auf lokale Rest- und Abfallsstoffe umgestellt werden.

Alternative Lösungen zum Transport grosser Energiemengen: Antragstext:

Im Rahmen der "Förderung dezentraler Energieversorgung/Netzstrukturen", "Energiepolitik" möge der Landesparteitag beschliessen, dass sich die

Die PIRATEN Thüringen treten für alternative Lösungen zum Transport grosser Energiemengen, insbesondere im Rahmen der Höchstspannungsleitungen in Richtung der Nord-/Südachse ein.

regionale Nährstoffkreisläufe Antragstext:

Die PIRATEN Thüringen setzen sich für die Schliessung regionaler Nährstoffkreisläufe.

Abwasser- und Fäkalien-Behandlung Antragstext:

Im ländlichen Raum soll überwiegend eine dezentrale Abwasser- und Fäkalien-Behandlung erfolgen.

Begründung

Aufnahme ins Programm was wir schon beschlossen haben.

PÄA.PosiPapiere.3 : Positionspapiere3

beantragt durch: Bernd

betrifft: Wahlprogramm/Parteiprogramm

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Sammelantrag angenommene Positionspapiere 2011.2

Folgende bereits abgestimmte und angenommene Positionspapiere sollen Bestandteil des Programms werden. Sie sind jeweils in den passenden Abschnitt des Programms eingebaut werden. Die Formulierung wurde angepasst, so dass es als Programmpunkt wiedergegeben werden kann. Zur Verbesserung der Lesbarkeit des Programms können Formulierungen und Bezüge in den Antragstexten, wie "Piraten Thüringen" durch "Wir" odgl. ersetzt und die Formulierung entsprechend angepasst werden .

Freie Lehrmittel Antragstext:

Die PIRATEN Thüringen setzen sich für die Erarbeitung von freien Lehr- und Arbeitsmittel für die Kitas, Schulen und die Erwachsenenbildung ein.

Reformation des § 53 Antragstext

Die PIRATEN Thüringen setzen sich für die Reformation des § 53 "Vervielfältigungen zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch" Urheberrechtes ein. Absatz 3 ist dahingehend zu ändern, dass das Anfertigen von Vervielfältigungsstücke in analoger und digitaler Form von Teilen eines Werkes, von Werken von geringem Umfang oder von einzelnen Beiträgen, die in Zeitungen oder Zeitschriften erschienen oder öffentlich zugänglich gemacht worden sind für Schulen, nichtgewerblichen Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung sowie in Einrichtungen der Berufsbildung und Hochschulen, sowie dem wissenschaftlichen Gebrauch zulässig ist.

Begründung

Positionspapiere ins Programm

3 Sonstige Anträge

SA.PosPapierBefugnis.1: Befugnis des Landesvorstandes für die Beschließung von Positionspapieren

beantragt: durch NicoH

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der Landesparteitag möge folgendes beschließen:

Der Landesvorstand der Piratenpartei Thüringen bekommt die Befugnis zugesprochen, dass er zu regulären Vorstandssitzungen Positionspapiere beschließen kann. Die Anträge für die Übernahme von Positionspapieren müssen mindestens fünf Tage vor der nächsten Vorstandssitzung gestellt werden. Zuvor muss über ein Liquid-Democracy-Tool ein Meinungsbild eingeholt worden sein. Entsprechend wird der Vorstand beauftragt seine Geschäftsordnung anzupassen.

Das Positionspapier tritt zum nächsten Landesparteitag außer Kraft, wenn es nicht von diesem bestätigt wird.

Begründung

Der aktuelle Parteitag dient zur Erweiterung des thüringischen Programmes. Im Zuge der Landtagswahlen im Jahre 2014 muss ein Wahlprogramm erstellt werden. Dies kann nur geschehen, wenn wir ein entsprechendes Grundsatzprogramm und genügend Positionspapiere haben und um ein solches Programm zu erstellen. Außerdem ist Zeit zwischen den Landesparteitagen ist mit sehr viel politischen Inhalten gefüllt. Es ist für den Landesverband wichtig, auch zu tagesaktuellen Thematiken Stellung zu beziehen und das nicht nur durch Pressemitteilungen, bei welchen teilweise sogar die Legitimation hinterfragt wird. Einfache Positionspapiere und klare Beschlusslagen vereinfachen das Handeln der Piraten im Landesverband. Genau so, wie der Vorstand uns vertraut, sollten wir dem Landesvorstand trauen. Selbst Kritiker von einzelnen Positionen, sollten angesichts eines Liquid-Demokratischen Meinungsbildes einen solchen Beschluss für ein Positionspapier akzeptieren können.

SA.LQFB.1: Einführung von LiquidFeedback auf Landesebene

beantragt: durch NicoH

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen, das Meinungsfindungstool “LiquidFeedback” wieder einzuführen. Dabei ist zu beachten, dass LQFB immer auf dem aktuellsten Entwicklungsstand ist.

Begründung

Aufgrund gestiegener Mitgliederzahlen ist mit einer erhöhten LQFB-Beteiligung zu rechnen. Dies würde sowohl die Vorstandsarbeit erleichtern, da er sich zu aktuellen Themen in Bezug auf die Meinungsbildung im LQFB äußern kann. Auch würde es die Erarbeitung von Anträgen o.ä. durch die Mitglieder erleichtern.

SA.PosPapierBefugnis.2: Befugnis des Landesvorstandes für die Beschließung von Positionspapieren - Zweistufiges Verfahren

beantragt: durch NicoH

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der Landesparteitag möge folgendes beschließen:

Der Landesvorstand der Piratenpartei Thüringen bekommt die Befugnis zugesprochen, dass er zu regulären Vorstandssitzungen Positionspapiere beschließen kann. Die Anträge für die Übernahme von Positionspapieren müssen mindestens fünf Tage vor der nächsten Vorstandssitzung gestellt werden. Zuvor muss über ein zweistufiges Verfahren ein Meinungsbild eingeholt worden sein.

In der ersten Stufe soll entweder über ein wieder eingeführtes LiquidFeedback, oder alternativ über Stammtische/Pads/Mailinglisten etc. ein Positionspapier erstellt werden. In der zweiten Stufe soll dieses Positionspapier über eine Mitgliederbefragung abgestimmt werden. Dabei bekommen die Mitglieder die Frage: Stimmst du den Positionspapier “<Titel>” <Link> zu?
[] Ja / [] Nein / [] Enthaltung.

Und bei $\geq$ 50% Zustimmung (der Teilnehmenden) wird es zum Positionspapier.

Entsprechend wird der Vorstand beauftragt seine Geschäftsordnung anzupassen.

Das Positionspapier tritt zum nächsten Landesparteitag außer Kraft, wenn es nicht von diesem bestätigt wird.

Begründung

Der aktuelle Parteitag dient zur Erweiterung des thüringischen Programmes. Im Zuge der Landtagswahlen im Jahre 2014 muss ein Wahlprogramm erstellt werden. Dies kann nur geschehen, wenn wir ein entsprechendes Grundsatzprogramm und genügend Positionspapiere

haben und um ein solches Programm zu erstellen. Außerdem ist Zeit zwischen den Landesparteitagen ist mit sehr viel politischen Inhalten gefüllt. Es ist für den Landesverband wichtig, auch zu tagesaktuellen Thematiken Stellung zu beziehen und das nicht nur durch Pressemitteilungen, bei welchen teilweise sogar die Legitimation hinterfragt wird. Einfache Positionspapiere und klare Beschlusslagen vereinfachen das Handeln der Piraten im Landesverband. Genau so, wie der Vorstand uns vertraut, sollten wir dem Landesvorstand trauen. Selbst Kritiker von einzelnen Positionen, sollten angesichts eines Liquid-Demokratischen Meinungsbildes einen solchen Beschluss für ein Positionspapier akzeptieren können.

SA.Lehrmittel.1: Freie Lehrmittel

beantragt: durch Käptn Nemo

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Die PIRATEN Thüringen setzen sich für die Erarbeitung von freien Lehr- und Arbeitsmittel für die Kitas, Schulen und die Erwachsenenbildung ein. Um dies mit dem geltenden Urheberrecht in Übereinstimmung zu bringen, ist dieser Erarbeitung durch das Kultusministerium auszuschreiben. Ausschreibungsbestandteil wird dabei die Einräumung des “unbeschränkten Nutzungsrechtes” gemäß §31 Urheberrechtsgesetz (UrhG). Zur Kostensenkung bei dieser Lizenzierung ist auf das “alleinige Nutzungsrecht” zu verzichten. Allen Schulträgern in Thüringen können diese Lehrmaterialien kostenfrei und mit unbeschränkten, nichtkommerziellen Vervielfältigungsrecht zur Verfügung gestellt werden. Bei der Ausschreibung ist darauf zu achten, dass alle Unterrichtsmaterialien für die Nutzung in elektronischen Medien geeignet sind (außer körperliche Modelle).

Die Bundesländer untereinander können sich diese freien Lehr- und Arbeitsmittel auf der Grundlage der “Kieler Beschlüsse” gegenseitig kostenfrei überlassen.

Begründung

Sobald es um die Freie Nutzung von schöpferischen Leistungen geht, wozu auch die Schaffung anspruchsvoller Lehr und Lernmittel gehört, spielt das Urheberrecht eine große Rolle. Um zu zeigen, dass auch die Piraten das Urheberrecht nicht zur Schaffung einer “Kostenlos“-Gesellschaft außer Kraft setzen wollen, muss dafür gesorgt werden, dass beide Seiten (Urheber & Nutzer)angemessen berücksichtigt werden. Gleichzeitig entfällt hiermit die Notwendigkeit einer Überprüfung des lizenzgemäßen Gebrauches von Lehrern und/oder Schülern durch “Schultrojaner”, da jeder Gebrauch im Rahmen der Ausbildung lizenzgemäß ist. Das vorgenannte Modell versucht diesem Anspruch gerecht zu werden.

SA.Infrastruktur.1: Infrastrukturausbaukoordinierung

beantragt: durch Käptn Nemo

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Alle Synergien beim Infrastrukturausbau nutzen

Es ist ein Thüringer Infrastrukturausbaugesetz zu verabschieden, in welchem die Koordination aller Infrastrukturmaßnahmen vorgeschrieben wird.

Insbesondere in Zeiten angespannter Haushaltskassen müssen alle Synergien, die durch die Öffentliche Hand erzielbar sind, auch genutzt werden.

Alle trassenbildenden Infrastrukturmaßnahmen (Strassen- und Wegebau, Energie und Wasser) sind in der Vorplanungsphase daraufhin zu untersuchen, ob ein Breitbandinfrastrukturmitbau entlang dieser Trasse erforderlich ist. Diese Erforderlichkeit ist vorab klar zu definieren. Für die Finanzierung des Mehraufwandes ist ein reversibler Fond zu gründen, der die begründeten Mehraufwendungen des Mitbaus auffängt und sich später aus der Vermietung dieser Trassen refinanziert.

Gleichzeitig sind alle Förderrichtlinien des Freistaates, welche sich auf die Förderung einer der vorgenannten Infrastrukturen beziehen, insoweit anzupassen, dass Fördermittel aus diesen Richtlinien nur ausgereicht werden können, wenn ein Mitbau von Breitbandinfrastruktur geprüft wurde und durchgeführt wird, es sei denn es ist bereits eine solche Infrastruktur mit ausreichender Leistungsfähigkeit (i.d.R. Leerrohranlagen mit Glasfaser) vorhanden.

Begründung

Neben den allerorten chronisch leeren Kommunalkassen ist die größte Bremse eines wirtschaftlichen Breitbandinfrastrukturausbaus das unkoordinierte Vorgehen der vielen Infrastruktureigentümer beim Bau neuer oder der Überholung alter Trassen. Darauf zu warten, dass die Einsicht, sämtliche Synergien im Infrastrukturausbau zu nutzen, von alleine reift, würde dazu führen, dass Thüringen im Standortwettbewerb weiter an Attraktivität verliert. Daher muss schnellstmöglich eine Möglichkeit geschaffen werden, die immer weniger werden den Tiefbaumaßnahmen sämtlichst mitzunutzen, um Thüringen mit einer attraktiven und zukunftsfähigen Breitbandinfrastruktur zu versorgen.

SA.AGPresse.2: AG Presse II

beantragt: durch Cat

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Folgende Grundsätzen sollen für die AG Presse bindend sein und auf der Wiki-Seite der AG Presse veröffentlicht werden:

“Transparenz bei Veröffentlichungen

Die Erstellung und Freigabe von Pressemitteilungen sollte transparent ablaufen. Daher ist es wichtig, nachvollziehen zu können, wer eine Pressemitteilung oder einen Blogpost freigeben

hat. Bei der Veröffentlichung auf der Webseite der PIRATEN Thüringen sollte ein eindeutiger Hinweis des/der Verantwortlichen stehen (Name, Kürzel oder Synonym).”

Begründung

SA.Notrufsystem.1: Barrierefreies Notrufsystem

beantragt: durch Markus Walloschek, Piet ☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Die Piratenpartei Thüringen setzt sich für die zeitnahe Einführung eines flächendeckenden barrierefreien Notruf- und Informationssystem per Mobilfunk ein.

Begründung

Bis heute gibt es in Deutschland keine Möglichkeit in einer Notfallsituation barrierefrei einen Notruf abzusenden. Besonders behinderte Menschen sind davon betroffen, aber auch wenn ein Handyakku nicht mehr für einen Notruf per Sprache ausreicht, ist ein non-verbaler Notruf notwendig. Ein bundesweiter barrierefreier non-verbaler Notruf für Polizei, Feuerwehr oder Krankenwagen existiert derzeit nicht.

Bisher gibt es lediglich in Berlin und in Köln spezielle Notrufnummern für SMS, die technisch gesehen relativ problemlos auf ganz Deutschland ausweiten werden könnte. Österreich hat bereits sehr gute Erfahrungen mit einer SMS-Notrufnummer für Gehörlose gemacht, die von allen großen Netzbetreibern unterstützt wird. Es gibt derzeit zwar eine Notfall-Fax-Einrichtung (z.B. in Münster) für Gehörlose und Schwerhörige Menschen, aber dieser ist höchst umständlich und erfordert ein Faxgerät, welches heutzutage nur noch wenige Menschen besitzen oder bei vielen Notfallsituationen nicht verfügbar ist. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass Fax-Notrufe nicht immer so ernst genommen werden, wie es vonnöten wäre oder erst viele Stunden später Hilfe eintrifft und es dann möglicherweise schon zu spät ist. Länder in denen schon ein Notruf per SMS möglich ist sind: USA, England, Australien, Irland, Singapur, Portugal. Im Falle einer Katastrophe in Deutschland wird die Bevölkerung per Sirene und Lautsprecherdurchsagen informiert, das Radio und/oder TV einzuschalten um weitere Informationen zu erhalten. Die Bevölkerung wird dazu angehalten ihre Nachbarn und vor allem Hilfsbedürftige zu informieren. Hörbehinderte Menschen bekommen davon jedoch nicht sofort etwas mit und sind somit auf die Aufmerksamkeit ihrer Mitmenschen angewiesen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Käme es noch zu einer Evakuierung denken Menschen erstmal an sich, ihre Familie, Freunde. Behinderte Mitmenschen wohl im seltensten Fall. Auch wenn der Katastrophenschutz dazu aufruft.

SA.Zeitarbeit.1: Sozialverträgliche Anpassung der Zeitarbeit/Leiharbeit

beantragt: durch Käptn Nemo ☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Vorschlag: 1.) Eigenständige Tarifverträge innerhalb der Zeitarbeitsbranche sind unzulässig. 2.) Die Arbeitnehmer einer Zeitarbeitsfirma erhalten den selben Tariflohn, wie die Beschäftigten der Branche, in welche sie von der Zeitarbeitsfirma zur Verfügung gestellt werden. 3.) Die Leiharbeitsfirma erhebt von der Firma, in die der Zeitarbeiter entsandt wird, einen Zuschlag von z.B. 1% auf den Tariflohn (brutto), mit dem die erhöhte Flexibilität gegenüber einer FestEinstellung abgegolten wird. Die Vorteile sind insbesondere: - schnelle Reaktionsfähigkeit bei temporärem Arbeitskräftebedarf - keine Ausfälle durch Urlaubs oder Krankheitszeiten - keine Notwendigkeit der Personalreduktion der Stammbesellschaft bei temporärem Absatzrückgang

Begründung

Leiharbeit/Zeitarbeit dient zur Überbrückung Saisonbedingten Personalbedarfes.

Da die Zeitarbeitsbranche aktuell auf Grund der schlecht geregelten Tarifierung mehrheitlich prekäre Beschäftigungsverhältnisse erzeugt und als Sekundäreffekt zu einer Verdrängung festangestellter Arbeitnehmer führt ist es dringend nötig, diese Mängel abzustellen und die Zeitarbeitsbranche zu dem zu machen, zu dem sie ursprünglich konzipiert war. Einem Mittel zur flexiblen Reaktion auf Marktschwankungen ohne soziale Benachteiligung der Leiharbeitnehmer und ohne Aushebelung der geltenden Tarifverträge in den aufnehmenden Betrieben.

Bei der Arbeitnehmerüberlassung wird ein Arbeitnehmer (Leiharbeitnehmer) von seinem Arbeitgeber (Verleiher) einem Dritten (Entleiher) zur Arbeitsleistung überlassen.

Der Entleiher profitiert von der Zeitarbeit insbesondere bei Nachfragespitzen, da hier keine regulären Arbeitskräfte gesucht und eingestellt werden müssen. Bei sinkender Nachfrage können Entlassungen des eigenen Personals verhindert werden. Weiterhin spart der Entleiher Kosten für das Bewerbungsverfahren (inklusive der Werbung) sowie Aufwand in der Personalabteilung. Da der Verleiher bei Ausfall des Leiharbeiters z. B. durch Krankheit entweder nicht bezahlt wird bzw. Ersatz stellen muss, ergeben sich auch hier Einsparungen für den Entleiher. Dieser ist außerdem nicht verpflichtet, den eigenen Tarif zu zahlen, sondern nur den mit dem Verleiher vereinbarten Preis. Darüber hinaus muss der Entleiher keine Kündigungsfristen einhalten oder Abfindungen gegenüber dem Mitarbeiter zahlen.

Verleiher dürfen Leiharbeitnehmer einem Entleiher zeitlich unbegrenzt überlassen. Früher geltende Beschränkungen sind seit dem 1. Januar 2004 weggefallen. Der Verleiher ist nach § 9 Nr. 2 AÜG grundsätzlich verpflichtet, dem Leiharbeitnehmer die gleichen wesentlichen Arbeitsbedingungen einschließlich des Arbeitsentgelts zu gewähren, wie sie im Betrieb des Entleihers für einen vergleichbaren Arbeitnehmer des Entleihers gelten (so genanntes Equal Treatment/Equal Payment). Dies bezieht sich auch auf Sondervergütungen, Jahreszahlungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Prämien) sowie Zuschläge für Schicht- und Mehrarbeit. Zur Durchsetzung seiner Rechte kann der Leiharbeitnehmer von dem Entleiher Auskunft über die bei ihm geltenden Arbeitsbedingungen der vergleichbaren Arbeitnehmer verlangen.

Eine Studie des IAB für 2003 belegte, dass bei einem Drittel der Nutzerbetriebe konventionelle Beschäftigung verdrängt wurde.

Der Grundsatz des Equal Treatment kann aber durch einen Tarifvertrag abbedungen werden, wovon in Deutschland in der gesamten Zeitarbeitsbranche Gebrauch gemacht worden ist. Die schlechtere Behandlung und Vergütung der Leiharbeitnehmer ist somit zum Regelfall geworden. Auch nicht tarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer können im Geltungsbereich eines solchen Tarifvertrages die Anwendung der tariflichen Regelungen vereinbaren.

In Deutschland gibt es zwei Flächentarifverträge für die Zeitarbeitsbranche, die zwischen den folgenden Tarifvertragsparteien geschlossen wurden:

Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister e. V. (BAP) und die DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen e. V. (iGZ) und die DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit Wegen der aus den Tarifverträgen resultierenden ungleichen Behandlung von Leiharbeitnehmern und Stammbeslegschaft der Entleiher stehen diese Tarifverträge in der Kritik.

Daneben wurden sowohl die Tariffähigkeit als auch die Tarifzuständigkeit der CGZP in Frage gestellt. Der CGZP fehle es an der erforderlichen Mächtigkeit und der Gegnerunabhängigkeit, sie habe darüber hinaus weder eine organisatorische Leistungsfähigkeit in der Fläche, noch eine demokratisch verfasste Struktur bzw. eine auf eine Mitgliedschaft gestützte Legitimationsbasis. Die Tariffähigkeit wurde auch wegen der Tarifpraxis der CGZP angezweifelt, da sie die tarifliche Normsetzungsbefugnis zielgerichtet missbrauche. Sie schließe Haustarifverträge, die alle der Verschlechterung tarifdispositiven Arbeitnehmerschutzrechts im Interesse der Arbeitgeber dienten und ausschließlich die Optimierung der Arbeitsbedingungen unter dem Gesichtspunkt der Kostensenkung zum Ziel hätten.

Obwohl es Stimmen gab, welche die Tariffähigkeit als gegeben ansahen, hatte das Arbeitsgericht Berlin der CGZP die Tariffähigkeit in einer Entscheidung abgesprochen, auch andere Gerichte hatten erhebliche Zweifel an der Tariffähigkeit geäußert. Bemerkenswert ist, dass auffällig viele Rechtsstreite vor den Arbeitsgerichten, bei denen Arbeitnehmer die Wirksamkeit der Tarifverträge der CGZP mit der AMP anzweifeln, mit einem Vergleich enden. Offenbar versuchten die Arbeitgeber, eine Entscheidung zur Frage der Tariffähigkeit auf diese Weise zu vermeiden. Berichtet wurde auch davon, dass Arbeitgeber Werbung für die CGZP betreiben, was diese jedoch abstritt. Letztendlich wurde der CGZP am 14. Dezember 2010 durch das Bundesarbeitsgericht der Abschluss von Tarifverträgen untersagt.

Der Schritt von der Leiharbeit zur konventionellen Beschäftigung gelingt nach einer IAB-Studie nur einem kleinen Teil vorher arbeitsloser Personen für einen Zeitraum von zwei Jahren nach der Überlassung. Statt einer Übernahmequote von etwa 30 Prozent wird mittlerweile ein Wert von sieben Prozent als realistisch betrachtet.

(Quelle: Wikipedia)

SA.Medienkunde.1: Medienkundeunterricht

beantragt: durch Piet

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Die PIRATEN Thüringen fordern die Einführung von „Medienkunde“ als eigenständiges Unterrichtsfach für alle Schultypen spätestens ab Klasse 5.

Begründung

Das Aktuelle Konzept des Medienkundeunterrichts als integrativer Kurs ist gescheitert. Integrativ bedeutet hier, dass die Inhalte des Kursplans von den Fachlehrern innerhalb des normalen Fachunterrichts vermittelt werden sollen. Dies bedeutet dass jeder Lehrer unabhängig von seiner Ausbildung Medienkunde unterrichten soll. Die Lehrer sind hiermit überfordert und die Lehrpläne lassen eigentlich keine Zeit für diese Inhalte. Insbesondere die Vermittlung von Grundkenntnissen ist so nur unzureichend möglich. Da es sich nicht um ein in der Stundentafel vorhandenes Unterrichtsfach handelt, werden hierfür keine Lehrer ausgebildet. Dieser Mangel führt dazu, dass der Umfang und die Art des Unterrichts sich von Schule zu Schule extrem unterscheidet und der Kenntnisstand der Schüler im Vergleich zu Zeiten des verbindlichen Kurses „ITG“ rückläufig ist. Dies ist insbesondere an Gymnasien zu beobachten.

SA.EMBoykott.1: Position EM Boykott

beantragt: durch Henry

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Die PIRATEN Thüringen sprechen sich für einen Boykott durch Politiker der EU aus, nicht aber der Mannschaften und Fans zur Fussball-Europameisterschaft 2012 in der Ukraine. Sport ist nicht völlig losgelöst von Politik zu sehen.

Quelle: LQFB Initiative der AG Außen- und Sicherheitspolitik [Thema 1672]

Begründung

Quelle [Thema 1672] In der Ukraine hat sich die Lage bezüglich Menschenrechten und Meinungsfreiheit leider seit dem Amtsantritt von Wiktor Janukowitsch am 25.02.2010 verschärft. Unabhängige Beobachter wie „Amnesty International“ werfen der dortigen Justiz Folter und andere Misshandlungen in Gefängnissen und im Polizeigewahrsam vor. Auch würden Gefangene keine ausreichende medizinische Versorgung erhalten, wovon als prominentestes Opfer die frühere Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko betroffen ist. Friedliche Demonstranten wurden Opfer von Festnahmen und Gewalt.(1) „Reporter ohne Grenzen“ zeigt sich schockiert über die Frage der Meinungsfreiheit in der Ukraine. So wurde in der der Regierung nahestehenden Zeitung „Izvestiya v Ukrayine“ die Ermordung des Regierungskritikers und Journalisten „Serhiy Leschtschenko“ nahegelegt.(2) Die Piratenpartei Deutschland, die sich den Grundprinzipien der Meinungsfreiheit verschrieben hat und ein geeintes, demokratisches Europa fordert(3), ruft daher dazu auf, dass Politiker aus den Ländern der Europäischen Union der EM nicht beiwohnen. Es sollten nicht jubelnde EU-Staatsvertreter neben ukrainischen Politikern in den weltweiten Medien zu sehen sein, während Oppositionellen Folter und

Ermordung drohen. Dies ist notwendig, um auf die Missstände aufmerksam zu machen. Aber gleichzeitig sollten Fans und Mannschaften zur EM anreisen um Völkerverständigung und Kultureller Austausch zu ermöglichen, damit das Verhältnis EU-Ukraine nicht in ein Muster des Kalten Krieges verfällt und die Menschen in der Ukraine nicht vor den Kopf gestoßen werden. Sport kann man nicht losgelöst von Politik sehen, da Regierungen gerne sportliche Großveranstaltungen benutzen um von der Menschenrechtssituation in ihrem eigenen Land abzulenken, wie beispielsweise unlängst beim Formel 1 Grand Prix in Bahrain. Hier hätte es die Ukrainische Regierung in der Hand für eine angemessene medizinische Versorgung für Gefangene wie Tymoschenko zu sorgen, um ein Zeichen des Entgegenkommens zu setzen, den Dialog zu ermöglichen und derartige Menschenrechtsverletzungen künftig zu verhindern.

- <http://www.amnesty.de/laenderbericht/ukraine>
- <http://www.rog.at/morddrohung-an-ukrainischen-journalisten.html>
- http://wiki.piratenpartei.de/AG_Europa/Programm

SA.Logo.1: Landeslogo 2.0

beantragt: durch Ubuciko

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen, alle momentan offiziellen Logos durch die im Wiki unter TH:Logo/Vorschlag eingereichten Logo-Vorschläge zu ersetzen.

Außerdem werden die eingereichten Farbtöne als Primärfarben verbindlich für alle On- und Offscreenmedien definiert.

Der Vorschlag beinhaltet die unten gezeigten Varianten im SVG- sowie im PNG-Format. Weiterhin sind schwarz-weiß- sowie Graustufen-Version vorhanden.

- Allgemeines Logo:



- Version mit Lichtreflexen, hauptsächlich für Internetnutzung:



- Graustufen:



- s/w:



Begründung

- Die aktuell im Wiki unter TH:Logo vorhandenen Logos sind allesamt nicht im Vektorformat vorhanden.
- Es kursieren unterschiedlichste Dateien mit unterschiedlichen Farbtönen (!) im Internet.
- Die Umrisse unseres Bundeslandes sind im aktuellen Logo stark horizontal gestreckt und entsprechen nicht der Wirklichkeit.

Im Sinne einer einheitlichen Corporate Identity sowie eines höheren Wiedererkennungswertes sollten wir uns am Corporate Design des Bundesverbands orientieren. Unterschiedliche Logos auf verschiedenen Flyern und Internetseiten lassen uns unprofessionell erscheinen. Die eingereichten Vorschläge orientieren sich alle stark am aktuellen Logo sowie dessen Varianten und wurden anhand der bundesweit einheitlichen Richtlinien erneut als SVG gesetzt.

SA.VoSiAufzeichnung.1: Aufzeichnung aller Vorstandssitzungen

beantragt: durch Cat

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen, dass alle im Mumble und offline stattfindenden Landesvorstandssitzungen aufgezeichnet und im Wiki oder einer anderen adäquaten Webseite veröffentlicht werden. Alle während der Vorstandssitzung anwesenden Piraten können jederzeit eine Unterbrechung der Aufzeichnung - unter Angabe einer kurzen Begründung und der voraussichtlichen Dauer - beantragen. Die Begründung wird im Protokoll vermerkt. Über die Unterbrechung entscheidet der Landesvorstand mit einfacher Mehrheit. Wer die Aufzeichnung sowie die Unterbrechungen umsetzt, entscheidet der Landesvorstand.

Begründung

Die PIRATEN Thüringen stehen für Transparenz und wollen diese auch in Verwaltung und Politik umgesetzt sehen. So würden wir innerhalb Thüringens eine Vorreiterrolle einnehmen. Diese könnte positiv auf andere Parteien abfärben, so dass sie ebenfalls ihre Vorstandssitzungen öffentlich und transparent nach außen tragen. Die schriftlichen Protokolle der Vorstandssitzungen sind notwendig und sollen weiter mitgeschrieben werden. Sie reichen aber aufgrund bestehender Lücken nicht aus, um eine Argumentation komplett nachzuvollziehen. Dies führte in der Vergangenheit zu internen Missverständnissen. Erfolgreich wird die Aufzeichnung der Vorstandssitzungen bereits beim Bundesvorstand der Piratenpartei und den PIRATEN Erfurt praktiziert.

SA.Vorstandsliste.1: Öffnung der Vorstandsliste

beantragt: durch Benutzer:HeidiK

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Die Liste des Landesvorstandes Thüringen soll für jedes interessierte Mitglied des LV Thüringen mitlesbar sein. Datenschutzrechtlich relevante Inhalte werden über Direktmails ausgetauscht.

Begründung

Für alle ist die alltägliche Arbeit des Vorstandes von Interesse. Die Möglichkeit, die Vorstandsliste mitlesen zu können, bringt wesentlich mehr Einblick in Arbeitsabläufe und Arbeitsweise. Eine Öffnung dieser Liste für alle Interessenten dient dem besseren Verständnis für Entwicklungsprozesse einzelner Entscheidungen und bietet außerdem die Möglichkeit für jeden, Gedanken und Verbesserungsvorschläge auf direktem Wege einzubringen. Auch für eine Einschätzung der Arbeitsqualität des Vorstandes ist diese Öffnung wichtig.

SA.DigiKomm.1: Teilhabe am digitalen Leben - Zugang zur Digitalen Kommunikation

beantragt: durch Käptn Nemo

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Teilhabe am digitalen Leben - Zugang zur digitalen Kommunikation

Die Kommunikation über digitale Netzwerke, wie das Internet, hat bereits einen hohen Stellenwert und gewinnt immer weiter an Bedeutung. Ohne die Möglichkeit zur Teilhabe ist weder echte Meinungsfreiheit noch die freie Entfaltung der Persönlichkeit mehr möglich.

Eine Diskriminierung insbesondere des ländlichen Raums durch die fehlende Bereitstellung zeitgemäß angemessener Breitbandinfrastruktur kann nicht länger hingenommen werden

Daher setzen sich die Piraten für eine schnellstmögliche Einführung eines Breitbanduniversaldienstes mit aktuell mindestens 6 MBit/s ein. Dieser Wert ist regelmäßig dem Stand der Technik anzupassen.

Begründung

“Auszug aus Bundesprogramm:

Die Kommunikation über digitale Netzwerke, wie das Internet, hat bereits einen hohen Stellenwert und gewinnt immer weiter an Bedeutung. Ohne die Möglichkeit zur Teilhabe ist weder echte Meinungsfreiheit noch die freie Entfaltung der Persönlichkeit mehr möglich. Der Zugang zur digitalen Kommunikation ermöglicht es voll am sozialen Leben teilzuhaben, frei zu publizieren, sich Zugang zu öffentlichen Informationen zu verschaffen und sich damit weiterzubilden, sowie sich auch online wirtschaftlich oder kulturell zu betätigen. Er darf weder dauerhaft noch temporär und weder vollständig noch teilweise unterbunden werden.”

Hierunter wird in den allermeisten Fällen nur verstanden, dass der technisch mögliche Zugang nicht durch administrative Beschränkungen durch die Anbieter eingeschränkt werden darf.

Es fehlt jedoch ein deutliches Statement zur Bereitstellung von leistungsfähigen Kommunikationsinfrastrukturen für jeden Bürger (Breitbandinfrastruktur).

Insbesondere durch die FDP wurde die Einführung eines Breitbanduniversaldienstes im Rahmen der 2011/2012 durchgeführten Novellierung des TKG unterbunden. Damit hat sie sich wieder einmal als Lobbyvertreter der großen Telekommunikationsunternehmen erwiesen, für die nur Gewinnmaximierung, nicht aber das Bürgerwohl zählt

Die Empfehlung des 6 MBit/s Wertes wurde auf das Gutachten gestützt, welches von der Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag in Auftrag gegeben wurde

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/medien/dokbin/391/391909@de.pdf>.

SA.AGPresse.1: AG Presse I

beantragt: durch Cat

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Folgende Grundsätzen sollen für die AG Presse bindend sein und auf der Wiki-Seite der AG Presse veröffentlicht werden:

“Selbstverständnis

Pressemitteilungen sind öffentlich zu entwerfen. Das bedeutet, dass Pressemitteilungen bereits im Rohformat an geeigneter Stelle zu veröffentlichen sind (z.B. im Tagespad Thüringen) und entsprechend verbreitet werden (über die Presse-Mailingliste). An Pressemitteilungen können auch Personen mitarbeiten, die nicht der AG Presse angehören, sofern diese im Pad registriert

sind.

Unterstützung

Die AG Presse kann bei der Erstellung und Überarbeitung von Pressemitteilungen und Blogposts Hilfestellungen geben - insbesondere für die Kreisverbände. Dabei übernimmt sie keine Gewähr für die inhaltliche Richtigkeit der Mitteilungen, sondern kann nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten stilistische Verbesserungen einarbeiten und auf eine inhaltliche Konsistenz der Argumentation achten.

Pressemitteilungen und Blogposts von Kreisverbänden

Pressemitteilungen und Blogposts, die bereits auf der Homepage der Kreisverbände oder über sonstige Kanäle verbreitet wurden, können auf der Webseite des Landesverbandes als Vorschau mit Verlinkung gepostet werden. Diese Veröffentlichung wird durch den Landesverband getätigt, entweder selbständig oder durch Anfrage vom Kreisverband."

Begründung

SA.Altersmischung.1: Altersgemischte Klassen an allen staatlichen Grundschulen

beantragt: durch Marten Zierd

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Der Landesverband Thüringen setzt sich für altersgemischten Klassen als bevorzugtes Modell für alle Grundschulen ein.

Begründung

Es gibt keinen einzigen pädagogischen Grund warum Schüler an Grundschulen nach Alter sortiert werden sollten. Im Gegenteil, es ist unbestritten, dass jedes Kind eine andere Lerngeschwindigkeit, auch Themen- und Fachbezogen, besitzt. Die negativen Konsequenzen einer Leistungseinschätzung bzw. von Leistungsvergleichen nach Alter sind weitgehend bekannt und sollen hier nicht weiter aufgeführt werden.

Des Weiteren verhindern starre Klassengefüge den nachhaltigen Ausbau eines Schulnetzes immer wieder, da durch den demografischen Wandel und schwankende Schülerzahlen ständig Schulen geschlossen oder wieder geöffnet werden müssen.

Im Gegensatz dazu kann man durch eine Altersmischung der Jahrgangsklassen 1-4 die Grundschulen flexibel bis auf eine einzige Klasse verkleinern oder wieder vergrößern. Somit können Schulstandorte langfristig erhalten bleiben. Auch können dadurch Kombinationen mit Vorschuleinrichtungen besser verwirklicht werden, was den Kindern einen leichteren Übergang ermöglicht.

Hinzu kommt die einfachere Umsetzbarkeit der schulischen Betreuung in Arbeitsplatznähe, wodurch auch Genderaspekte positiv aufgegriffen werden.

Eine Fortführung der jetzige Organisationsform nach alten Maßstäben innerhalb Thüringer Grundschulen ist untragbar und gehört schnellst möglich verändert.

SA.Pressesprecher.1: Pressesprecher

beantragt: durch Frank11

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Ich beantrage hiermit, dass der Landesparteitag über die (erneute) Beauftragung von einem oder mehreren Pressesprecher/n für den Landesverband abstimmt. Befürwortet der Landesparteitag Pressesprecher, können Bewerbungen oder Vorschläge an den Landesvorstand gerichtet werden. Dieser entscheidet mit einem Beschluss über die Beauftragung und alle weiteren Details. Ein Pressesprecher ist satzungsgemäß kein zusätzliches Amt. Sollte der beauftragte Pressesprecher ausscheiden, zurücktreten oder anderweitig wegfallen, ist ein neuer Pressesprecher einzusetzen.

Begründung

Die Aufgaben des Pressesprechers können nach wie vor in der Unterstützung des Vorstands, der Beförderung der Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbands, im Anknüpfen und der Pflege von persönlichen Kontakten zu Journalisten und Redaktionen und in der medialen Vertretung des LV nach außen bestehen. In der letzten Wahlperiode gab es im Landesverband bereits einen Pressesprecher (Heidi Krüger). Über diese Beauftragung wurden eine Vielzahl von Pressekontakte geknüpft und wertvolle Pressearbeit geleistet. Nach dem Rücktritt von Heidi Krüger blieb der Posten unbesetzt. Weder wurden die Gründe für den Rücktritt im LV thematisiert, noch ein neuer Pressesprecher eingesetzt.

Die Mitglieder des Landesverbands sollten sich auf der Grundlage dieses Antrags eine Meinung bilden, ob weiterhin Pressesprecher im LV gewünscht sind und als sinnvoll erachtet werden. Der Vorstand sieht sich an das Mitgliedervotum gebunden und kümmert sich um die Beauftragung und das weitere Procedere. Der Antrag lässt offen, ob der eingesetzte Pressesprecher auch gleichzeitig Mitglied des Vorstands sein kann oder nicht. Dies sollte der Vorstand selbst klären.

Der Antragsteller nimmt dazu vorerst eine neutrale Position ein. Ich finde es jedoch wichtig, dass der Punkt mal richtig geklärt wird und die Meinung der Basis dazu bekannt ist und respektiert wird.

SA.Nahrungsmittelspekulation.1: Verbot der Spekulation mit agrargebezogenen Rohstoffen

beantragt: durch Blitzbirne

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Die PIRATEN Thüringen positionieren sich für ein “Verbot der Spekulation mit agrargebezogenen Rohstoffen”

Begründung

Quelle LQFB Thema 953 IST Situation: Das Engagement an den Warenterminbörsen ist in mancher Hinsicht hilfreich für die Beteiligten in der Wertschöpfungskette, die auf der Basis real abzuwickelnder Investitionen für Ihre Käufe eine Absicherung benötigen. Diese Nützlichkeit verschleißt sich allerdings in jedem Fall dann, wenn die individuelle Nutzenmaximierung auf Kosten hungernder Menschen geschieht. Hier sind vor allem reine Finanzspekulationsgeschäfte gemeint, die einzig und allein Spekulationsgewinne zum Ziel haben. Diese Spekulationen sind zur Zeit weder transparent noch reguliert. Damit sind sie im Bereich agrarbezogener Rohstoffe in hohem Maße mitverantwortlich für den exorbitanten Anstieg von Lebensmittelpreisen, vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern. SOLL Situation: Die ersten Initiativen zur Beschränkung von Nahrungsmittelspekulation sollen auf dem nächsten G20 Gipfel diskutiert werden. Die vorgesehenen Beschränkungen in Form von milden Obergrenzen reichen allerdings nicht aus. Es sollte jegliche Spekulation auf agrarbezogene Rohstoffe in direkter Form (Fonds, Fondsbeteiligungen) sowie der auf diese Stoffe bezogenen Finanzderivate (=indirekte Form) verboten werden. MITTEL: Wir schließen uns der Petition vieler Organisationen an und fordern ein definitives Verbot jeglicher Nahrungsmittelspekulation. Absicherungsgeschäfte müssen vollständig transparent abgewickelt werden und sind nur in eng definierten Grenzen zulässig (reine Finanzakteure sind ausgeschlossen). Die Aufsichtsgremien der Börsen überwachen diese Regeln.

QUELLEN:

<http://www.weed-online.org/themen/finanzen/nahrungsmittelspekulation/index.html>

<http://www.attac.de/aktuell/bankwechsel/aktionen/bundesweite-aktionen/aktion-gegen-nahrungsmittelspekulation/>

http://foodwatch.de/kampagnen__themen/nahrungsmittel_spekulation/foodwatch_forderungen/index_ger.html<http://konsumpf.de/?p=12456>

SA.Sorgerecht.1: Gemeinsames Sorgerecht ab Geburt

beantragt: durch Henry

☐ Dafür ☐ Dagegen ☐ Enthaltung

Antragstext

Die PIRATEN Thüringen fordern ein allgemeines gemeinsames Sorgerecht ab Geburt auch bei nicht miteinander verheirateten Elternteilen. Hierfür bedarf es einer Neuregelung des entsprechenden Sorgerechtsparagrafen §1626a Absatz 1 Nr. 1 BGB [1]. Dieser sieht bisher nur das gemeinsame Sorgerecht vor, wenn beide Eltern gemeinsam eine Sorgerechtserklärung abgeben. Darüber hinaus sollen verstärkt Mediationsverfahren und Beratungsangebote eingesetzt werden, um Eltern bei der Lösung bestehender Konflikte zu unterstützen und die Familiengerichte zu entlasten.

[1] <http://dejure.org/gesetze/BGB/1626a.html>

Begründung

Quelle AG Familie <http://piratenpad.de/sorgerecht> http://wiki.piratenpartei.de/AG_Familie

Gemäß der gesetzlichen Regelung in §1626a BGB kann ein Vater das gemeinsame Sorgerecht nur erhalten, wenn die Mutter damit einverstanden ist. Es gibt derzeit keinen rechtlichen Anspruch des Vaters auf das Sorgerecht. Dies stellt eine Ungleichbehandlung von Mann und Frau vor dem Gesetz dar.

Die geschlechtliche Gleichstellung ist eines der Grundanliegen der Piraten und sollte sich daher auch im Familienrecht widerspiegeln. Wenn es dem Kindeswohl nicht widerspricht, sollten Vater und Mutter gleichberechtigt behandelt werden. Denn beide Elternteile haben ein genuines und von der Verfassung (GG Art. 6, Absatz 2) geschütztes Recht und auch die Pflicht, für ihre Kinder die Verantwortung zu tragen und verantwortungsbewusst Entscheidungen stellvertretend für und im Sinne ihrer Kinder zu treffen. Eine Nichtgleichbehandlung von Vater und Mutter widerspricht zudem der Europäischen Menschenrechtskonvention (Entscheid Dezember 2009). Darüber hinaus haben laut UN-Kinderrechtskonvention alle Kinder die gleichen Rechte. Das heißt auch: jedes Kind - auch ein Trennungskind - hat das Recht auf eine Mutter und einen Vater.